

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

182 (7.8.1930)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis Die 10 getragene Millimeterseite kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterpreise sind im Verzeichnis des Verlags nachzulesen. Bei Nichterhaltung des Exemplars, bei gerichtlicher Betreibung und bei anderen außer Streit tritt die Ersatztarife des Verlags in Kraft. L. D. o. Schluß der Einzelabnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufhebe / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Oben Juleitung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.60 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellungs 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020 o. Volkstr. 11/12a. Druck: Druck-Verlag L. D., Baden, Jagdhausstraße 12; Postamt, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 182 Karlsruhe, Donnerstag, den 7. August 1930 50. Jahrgang

Die Diktatur-Verordnungen

Keine Aufhebung - Die Regierungsparteien lehnen auch sachliche Beratung ab - Scharfe Kritik der Sozialdemokratie

6. Aug. (Eig. Draht.) Der Überwachungsaußschuß des Reichstags nahm am Mittwoch mit 16 gegen 12 Stimmen folgenden Antrag der Regierungsparteien an:

Der Ausschuß erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Vorlage der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben über die Aufhebung der Reichsverfassung für unzuständig. Die Sozialdemokratie hätte folgenden Antrag eingebracht:

Die Verordnungen vom 26. Juli 1930 widerprechen der Reichsverfassung.

Kommunisten hatten die sofortige Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Der Verlauf der Debatte trat der Abg. Rosenfeld (So.) der Sozialdemokratie entgegen, daß der Ausschuß für Erörterung der Notverordnung keine Sachliche Beratung zu nehmen. Allerdings habe der Ausschuß das Recht wie das Plenum des Reichstags, die Aufhebung der Verordnungen zu erwirken, er habe aber das Recht, die Verordnungen in Stellung zu nehmen. Man solle doch auch die sachliche Erörterung nicht an Formalismen scheitern lassen. Die Sachliche Erörterung sei die Aufgabe der Reichstagskommissionen. Der Ausschuß müsse Gelegenheit haben, zur Frage der Aufhebung der Verordnungen Stellung zu nehmen. Die Sozialdemokratische Fraktion habe schon in dem früheren Reichstag die Aufhebung der Verordnungen für verfassungswidrig erklärt. Die jetzt eingebrachten Verordnungen seien teilweise noch reaktionärer und erst recht verfassungswidrig.

Reit gibt für die Sozialdemokratie folgende Erklärung ab: Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat mit aller Deutlichkeit die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen vom 16. Juli 1930 nachgewiesen, und die Aufhebung dieser Verordnungen gefordert. Nachdem die Mehrheit des Reichstags dem sozialdemokratischen Antrag beigestimmt und der Reichspräsident die Verordnungen erlassen worden, sind die Sozialdemokratischen Mitglieder dieses Ausschusses halten im Einklang mit den politischen Freunden die neuen Verordnungen für ebenso verfassungswidrig wie die alten. Die neuen Verordnungen be-

weisen in vielen Punkten einen noch sozial- und wirtschaftsfeindlicheren Charakter auf, als die alten. Da dem Ausschuß nach der Reichsverfassung die Sachliche Beratung nicht gegeben ist, die Aufhebung der Verordnungen zu erwirken, ist es nunmehr Sache der deutschen Wählerschaft, einen neuen Reichstag zu wählen, der dafür sorgt, daß in Zukunft unter Wahrung der Reichsverfassung eine Politik getrieben wird, die nicht den verschiedenen Interessentengruppen, sondern den Massen der Bevölkerung dient.

Abg. Emminger (Bav. Volkspartei) führt aus, daß der Ausschuß mangels Zuständigkeit auch zur Verfassungsmäßigkeit der Verordnungen keine Stellung nehmen könne. Abg. Meyer (Staatspartei) beantragt eine Unterbrechung der Verhandlungen, um den Regierungsparteien Gelegenheit zur Stellungnahme gegenüber den sozialdemokratischen und kommunistischen Anträgen zu nehmen.

Es folgte eine Pause von 10 Minuten.

In der neuen Sitzung bringen die Regierungsparteien den oben wiedergegebenen und später angenommenen Antrag ein.

Abg. Rosenfeld (So.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierungsparteien mit ihrem Antrag einer sachlichen Beratung ausweichen. Gerade der Ausschuß, dem die Wahrnehmung der Rechte der Volksovertretung anvertraut sei, sollte mit den Rechten des Reichstags nicht so umspringen. Allerdings müsse zu dem Verhalten der Regierungsparteien, daß nicht ein einziger Minister erschienen sei. Sie seien sämtlich für die Verordnungen verantwortlich, auch wenn sie sich jetzt hinter den Reichspräsidenten zu verbergen suchten. Dabei sei die Idee zum Erlaß der Verordnungen sicherlich nicht im Kopfe des Reichspräsidenten entstanden. Es mache einen merkwürdigen Eindruck, daß die Regierung nicht selbst zu den Verordnungen stehe und die Regierungsparteien der Beratung formale Einwendungen entgegensezten. Nachdem der Reichstag einmal die Aufhebung der Verordnungen beschlossen habe, sei der neue Erlaß der Verordnungen offensichtlich verfassungswidrig. Sonst könnte eine Regierung jedesmal, wenn ein Reichstag die Aufhebung der Verordnungen beschloß, sie wieder von neuem erlassen. Das ganze Verhalten der bürgerlichen Parteien müsse zu der Verfassungswidrigkeit der Verordnungen. Eine Verfassungswidrigkeit folge auf die andere. Jetzt schide sich die Regierung an, eine große Verfassungsfeier zu veranstalten. Die beste Verfassungsfeier würde es sein, wenn die Regierungsparteien hier, wo es darauf ankommt, die Verfassung schützen. Wenn sie das nicht täten, werde ihnen das Volk am 14. September die gebührende Antwort geben. Abg. Meyer (Staatspartei) findet es natürlich, daß die Reichsminister der Sitzung fern geblieben sind.

Gepfefferte Absage an die Staatspartei

Gegen einen halbreaktionären Mißmach

Der junademokratische Verband Berlin-Brandenburg hat eine Entschließung angenommen, in der die Mitarbeit in der Staatspartei abgelehnt wird. Der Verband, so heißt es in der Entschließung u. a., ist bereit gewesen, alle Bestrebungen zu unterstützen, die einer wirklichen Sammlung aller linksbürgerlichen Kräfte dienen wollten. Er sehe jedoch in der Gründung der Deutschen Staatspartei diese Sammlung nicht. Der Zusammenschluß der demokratischen Führer mit den halbnationalistischen und antisemitischen Organisations des Herrn Mahraun, der ständige Versuch, die Front der Partei allein nach rechts zu verbreitern, das Fehlen eines offenen und ehrlichen Bekenntnisses zur Republik und ihren Symbolen und zu dem großen Gedanken der internationalen Arbeiterverbrüderung bedeuteten eine gefährliche Rechtschwenkung. Der Verband erklärt daher seinen Austritt aus dem Reichsbund der deutschen Jungdemokraten und schließt sich der durch die Vereinigung unabhängiger Demokraten geschaffenen Bewegung an.

Aus den Kuppelparteien

Malsch (Mecklenburg-Schwerin), 6. Aug. (Eig. Draht.) Anlässlich eines Treffens früherer Kalkülkämpfer kam es hier zu einer großen Schlägerei mit Kommunisten. Die Streitenden schlugen mit Bausteinen, Steinen, Gummihämmern usw. auf die Feinde ein. Mehrere Personen erlitten zum Teil schwere Kopfverletzungen.

Bohum, 6. Aug. (Eig. Draht.) In Gladbeck kam es in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch zwischen ungefähr 30 Kommunisten und 15 Nationalsozialisten zu einer schweren Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche Schüsse geschossen wurden. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Auch zahlreiche Kommunisten erlitten Verletzungen. Die Haupttäter wurden am Mittwoch festgenommen.

Verbilligung des Wohnungsbaues?

Das Reichsarbeitsministerium hat am Mittwoch mit führenden Persönlichkeiten der privaten und gemeinwirtschaftlichen Baugesellschaften die Frage der Verbilligung des zuzulassenden Wohnungsbaues besprochen. Eine Hauptmaßnahme zur Verbilligung sah man allgemein in den Vorschriften des Reichs, die eine Vereinfachung der Wohnungen im Auge habe. Desgleichen vertrat man sich von einer Vereinfachung der baupolizeilichen Bestimmungen und der behördlichen Kosten einiges für die Senkung der Baukosten. Die Beipredung soll in engerem Kreise fortgesetzt werden.

Wer zu Hugenberg „strömt“

Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß die Hugenberapresse nicht irgend einen „Zustrom“ zur Deutschnationalen Volkspartei meldet. Was a b s t r o m t wird natürlich nicht verzeichnet. Aber sehen wir uns den „Zustrom“ der letzten Tage einmal an, da finden wir:

- General der Artillerie Kraft v. Delmenstingen,
- General der Infanterie Otto v. Below,
- General Kobbach,
- Admiral a. D. Rebeur-Paschwitz,
- Graf Münster.

Diesen „Zustrom“ können wir Herrn Hugenberg von ganzem Herzen gratulieren. Hält er an, dann werden die Strategen des verlorenen Weltkrieges bald reiflos um den Totengräber der Deutschnationalen Partei verarmen sein. Die endgültige Zerrückung des Deutschnationalen Parteigebildes kann beginnen. Die Gemeinschaft zwischen dem Totengräber Hugenberg mit den abgetadelten Offizieren der alten Armee ist aber zugleich auch ein Zeichen dafür, daß die Großpositionäre der Republik die schlimmsten Feinde des republikanischen Staates sind.

Gegen Diktaturgelüste in Bayern

München, 6. August. (Eig. Draht.) Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtags hat nun zum Gegenstand gegen die Diktaturgelüste des Kumpfkabinetts Held ausgeschickt. Sie fordert in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten die sofortige Einberufung des Landtags und legt gleichzeitig einen Initiativ-Gesetzentwurf vor, durch den die nach den Methoden der Reichsregierung gegen den eindeutig bekundeten Mehrheitswillen des Landtags erlassene Schlachtsteuerverordnung außer Kraft gesetzt werden soll. Bleiben die Gegner der Schlachtsteuer bei ihrer bisherigen Haltung, dann wird die Notverordnung noch ehe sie wirksam wurde, in der Versenkung verschwinden.

Neue Kämpfe in Indien

Karatschi, 6. Aug. Der gestrige Zusammenstoß zwischen Hindus und Mohammedanern in Sukkur (Provinz Sind) trug, nach neueren Meldungen, einen derart ersten Charakter, daß die Posten zweimal feuern mußte, um die Ordnung wieder herzustellen. Zwölf Personen wurden getötet, 150 verletzt, 200 Aufständische wurden verhaftet. Militär- und Polizeikräfte durchziehen die Stadt. Es mußten Truppen von außerhalb herangezogen werden. Der Kommandant der Provinz Sind und der Befehlshaber der unabhängigen Sind-Brigade sahen sich durch den Ernst der Lage veranlaßt, nach Sukkur abzuziehen. Die Bestimmung des indischen Strafgesetzbuchs, die die Ansammlung von mehr als fünf Personen auf der Straße untersagt, wurde in Kraft gesetzt.

Zur Beachtung für die Reichstagswahlen

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die Landesregierungen über die Neuwahl des Reichstages einen Erlaß geschickt, demnach tritt der Reichswahlaußschuß voraussichtlich am 2. September zusammen. Wenn die beim zweiten Volksentscheid gebrauchten Stimmzettel und Stimmkarten wieder verwendet werden können, dann muß vor ihrer öffentlichen Auslegung dafür gesorgt werden, daß aus ihnen die Beteiligung am Volksentscheid nicht ersichtlich ist. Listen und Kartchen, in denen die Beteiligung am Reichstagswahl nicht reiflos unterzeichnet werden dürfen, dürfen im Abstimmungsraum nicht anwesend sein. Politische Parteien müssen die Abstimmungsunterlagen nicht in der Form der Abgabe von Stimmzetteln bei der Wahl in den Wahlbezirken anwesend sein. Politische Parteien müssen die Abstimmungsunterlagen nicht in der Form der Abgabe von Stimmzetteln bei der Wahl in den Wahlbezirken anwesend sein. Politische Parteien müssen die Abstimmungsunterlagen nicht in der Form der Abgabe von Stimmzetteln bei der Wahl in den Wahlbezirken anwesend sein.

Maulaufreißender Mordspaffe

Stuttgart, 6. August. (Eig. Meldung.) Das Korps Borussia in Tübingen, das zum Kaiser E. C. gehört, hatte sich zu seinem 60. Stiftungsfeste einen Festredner in der Person des Pfarrers Grotzschurth verschrieben, der sich bei dieser Gelegenheit allerdings an blutdürstigen Maulpatriotismus geleistet hat. Nach seiner Darstellung geht ein „Terror“ im Lande umher, der alles in den Staub hinabschiebt, was vaterländisch gesunden Verstand atmet, so daß keine Hand sich mehr in heiligem Zorne heben oder zu opferfreudiger Tat aufraffen kann. Als zweite gefährliche Macht gehe die „innere Verarmung“ im Lande umher, die mit dem Rufe „Nie wieder Krieg!“ einen Sirenenanfang auslöst, der alles gesunde Leben vernichtet und zur Verleugnung der Ehre und Würde des Vaterlandes führt. Dadurch werde das Auge geblendet, das Herz schlaff gemacht und der Mund verschlossen, so daß immer größere „Verwüstungen“ im Vaterland angerichtet werden. Diesen „Mächten“ müssen deutsche Männer entgegenstreiten und den Kampf mit ihnen aufnehmen.

Hugenbergs Angst vor Hitler

In der Gründungsversammlung der Dresdner konservativen Volkspartei führte der bisherige deutschnationale Abgeordnete Dr. Rabemacher aus:

„Nur die Angst vor der hemmungslosen Wiltation der Nationalsozialisten hat die Haltung der Deutschnationalen unter Führung Hugenbergs inner- und außerhalb des Reichstages bestimmt. Es ist so weit gekommen, daß das Stimmzettel für Hugenberg bestimmter ist, als der Rat und die Warnung derjenigen, die bis zuletzt treu zur deutschnationalen Sache gehalten haben.“

Steigende Arbeitslosigkeit in England

London, 6. Aug. (Eig. Draht.) Die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen ist auf 2.011.467 gestiegen. Seit Juni 1921 ist eine derartige Ziffer nicht mehr erreicht worden.

Reichspost und Rationalisierung

Reichspost hat trotz Rationalisierung Personal einstellt. Im Jahre 1929 wurden 800, im Jahre 1929 200 neue Kräfte eingestellt.

Unglückliche Wahl eines Ministerpräsidenten

Der Oberrheinische Landtag versuchte heute die Wahl eines Ministerpräsidenten, die ebenfalls scheiterte. Es wurde daraufhin ein Antrag angenommen, die Wahl bis zum 5. Oktober auszuschieben.

20303 deutsche Direktoren

mit 322 Millionen RM. Jahresgehalt Was sich die „arme“ Industrie leisten kann

Von Kurt Heintz

Die Berliner Metallgroßindustrie hat über fünftausend Angestellten geündigt. Sie will einige weitere tausend ebenfalls entlassen. Von einem Direktorenabbaubüro herrscht nichts, obwohl in der deutschen Industrie der Leistungsapparat immer noch von der Inflationszeit her unnötig aufgebläht ist. Wir haben heute auch den ungelernten Unternehmer, der als Interessent, mit kaufmännischer Fixigkeit für seine eigenen Vorteile begabt, kaum noch aus dem Sattel zu heben ist. Hier zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit.

Als die Rheinmetall A.-G. ihr Röhrenwerk mit samt der Quote an den Mannesmann-Konzern verkaufte, stellte sich der überflüssig gewordene Direktor Elze mit den geühten Arbeitern und Angestellten in eine Front. Diese gingen dann streikend. Er wurde Direktor einer Kunstseidefabrik und schied.

Der bekannte Wirtschaftsstratege des Stahlhelms Dr. Erich Lübbert, der absolutistische Generaldirektor des riesigen Eisenbahn- und Baukonzerns, der in der A.-G. für Verkehrsweisen vereinigt ist, war vor wenigen Jahren noch Rechtsanwalt in Deutsch-Südwestafrika. Lübbert sah in Kapstadt als Liquidator des deutschen Eigentums. Er sollte die Interessen der A.-G. für Verkehrsweisen bei der Abwicklung ihres Diamantenbesitzes aus der deutschen Kolonialzeit wahrnehmen. Er kaufte gegen Papiermark die Aktien jener Gesellschaft auf, deren Rechte er wahrnahm. Mit der so erworbenen Kapitalmacht begründete er seine Herrschaft als Generaldirektor der A.-G. für Verkehrsweisen.

Solche Direktoren befehlen die Produktion mit den Ankosten ihrer Nachbedürfnisse, ihrer Finanztransaktionen und ihrer Privatinteressen.

Selbstverständlich wird die Leitung eines Betriebes immer Geld kosten. Sogar Russland mußte einsehen, daß mit einem Arbeiterlohn nicht jede Spezialistenqualität zu kaufen ist. Leider sind die wirklichen Ankosten, die der Leitung zum Beispiel sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften, rechnerisch nicht nachprüfbar. Auch der Reichsverband der Deutschen Industrie hat kein Interesse an solchen Feststellungen. Aber man kann wenigstens annähernd ausrechnen, wie hoch die reinen Gehaltsaufkosten in der deutschen Industrie geworden sind.

Ende 1920 hatten wir in Deutschland 11745 als regulär zu beziehende handelsgerichtlich eingetragene Aktiengesellschaften. Ende 1928 waren es 11690. Diese Zahlen hat die amtliche Statistik nach ihren Kapitalgrößen gepulvert. Jene Ziffern dienen unseren Berechnungen als Grundlage.

Wenn man annimmt, daß Aktiengesellschaften bis fünfhunderttausend Mark nur einen Direktor haben, diejenigen bis eine Million Mark Kapital drei, bis zwanzig Millionen Mark Kapital vier und die Aktiengesellschaften über zwanzig Millionen Mark Kapital fünf Direktoren, so kommen wir auf

20303 Direktoren von Aktiengesellschaften.

In den einzelnen Kapitalgruppen ist ihr reines Gehalt nach allen Erfahrungen etwa wie folgt einzuschätzen:

Kapitalgröße	Zahl der Direktoren	Jährliches Einzelgehalt	Direktorengesamt
1000 - 50 000 M.	2011	6 000 M.	12 066 000 M.
50 000 - 100 000 M.	1330	9 000 M.	11 970 000 M.
100 000 - 500 000 M.	3722	12 000 M.	44 664 000 M.
0,5 - 1,0 Mill. Mark	2944	15 000 M.	43 160 000 M.
1,0 - 5,0 Mill. Mark	7215	18 000 M.	129 870 000 M.
5,0 - 20,0 Mill. Mark	2316	24 000 M.	55 584 000 M.
20,0 Mill. u. mehr Mark	855	30 000 M.	25 650 000 M.
20303			322 864 000 M.

Unsere Leser werden erstaunt sein, daß in der vorstehenden Tabelle die bekannten Riesengehälter der Großbank- und Konzerndirektoren nicht enthalten sind; auf diese Ziffern ist mit Rücksicht zugunsten von Durchschnittszahlen und auch deswegen verzichtet worden, damit uns nicht die Überbetreibung aus Einzelbeispielen vorgeworfen werden kann. Wir wissen, daß es Direktorenghälter gibt, die zwischen einhunderttausend und zweihunderttausend Mark jährlich liegen. Uns ist ebenso

bekannt, daß viele Direktoren, im besonderen bei den Banken, ihr eigenes Vermögen auf dem Rücken ihrer Gesellschaft bilden und pflegen. Das gleiche gilt auch für viele andere Fälle. Ebenso wissen wir, daß jedes Direktorenauto über Betriebskosten verbucht wird, daß die Direktoren neben ihrem Gehalt nicht selten Umjahrsprovisionen erhalten und sogenannte Vertrauensbesen in jeder Höhe liquidieren. Aber das ist alles nicht zahlenmäßig greifbar. Ehenjüngling ist festzustellen, wieviel Direktoren wir in den G.m.b.H.s und in den größeren Privatbetrieben haben, das gleiche gilt auch für die Gesamtsumme ihrer Einnahmen.

Man könnte von Unternehmerseite einwenden, daß die oben angegebene erstaunlich große Zahl von Direktoren in den Aktiengesellschaften aus dem Nachkriegsjahrzehnt alter Unternehmungen zu riefenhaften Betrieben zu erklären sei. Das stimmt aber gar nicht. Nachfolgend stellen wir die heutige Zahl der Direktoren jener Aktiengesellschaften genau ausgerechnet zusammen, die schon im Jahre 1913 existierten:

Industriezweig	Zahl der Direktoren
Noten-, Kredit- und Hypothekendarlehen, Treuhand- und Finanzierungsvereine	588
Bau-, Terrains- und Immobilienvereine, Schachtbau, Wasserbau, Bergbau und Verarbeitende Industrie	310
Bergwerks-, Hütten- und Salinenwerke, Erdöl- und Torfgewinnung	332
Metallindustrie, Maschinen- und Apparatebau, Fahrzeugbau, Edelmetall und Schmiedewaren	785
Elektrizitätswerke, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik, Optik, photographische Apparate, Uhren	305
Industrie der Steine und Erden, Baumaterial, Zementwaren, Schiefergewinnung, Schmirgelwerke	329
Textil-, Kunstoff- und Bekleidungsindustrie, Schuhfabriken, Gummiwaren, Kunstleder, Wachs und Lederindustrie	505
Chemische Industrie, Düngemittel, Sprengstoffe, Zellulose- und Holzchemie, Gerbereien, Färb- und Fäulniswerke, Papierindustrie, Zellulose, Strohhalbfabrikat und Kartonfabriken, Holzschleifereien, Buchbindereien	121
Druck- und Verlagswesen, Telegraphen- und Annoncenbüros, Vertriebsgesellschaften, Kleinfabrikate	117
Holzindustrie, Möbelfabriken, Schnitzwerkzeuge, Musikinstrumente, Spielwaren, Turn- und Sportgeräte	76
Gas-, Wasser- und Eiswerke	98
Kautschuk-, Guttapercha- und Abfallindustrie, Parfümwaren, Anilinindustrie	60
Filmindustrie, Kinotheater- und Theater, Hotels, Zoologische Gärten, Wälder, Parks und Anlagen, Vereine	191
Plantagen und Kolonialgesellschaften	38
Verkehrsvereine	342
Verkehrs- und Transportvereine, Vagabundengesellschaften, Brauereien, Brennereien, Wein- und Spiritusindustrie, Molkereien, Genußmittelindustrie, Zuckerraffinerien, Mühlenfabrikate, Futtermittel	677
Handelsvereine, Brennerien, Wein- und Spiritusindustrie, Molkereien, Genußmittelindustrie, Zuckerraffinerien, Mühlenfabrikate, Futtermittel	664
Mühlenfabrikate, Futtermittel	778
Handelsvereine, Warenhäuser	57
20303	322 864 000 M.

In den alten deutschen Industrieunternehmen haben wir also rund siebenhundert Direktoren. Was nach dem Kriege an Aktiengesellschaften neu gegründet wurde, sowohl in selbständigen Unternehmungen als in Tochter- und in Hilfsbetrieben schon bestehender Konzerne, das hat die Zahl der Industriedirektoren auf das Dreifache vermehrt.

Wo bleibt der Abbau dieser Höchstgehälter?

Das Statistische Reichsamt hat eben wieder festgestellt, daß in Deutschland neunzig Prozent aller Jahres-einkommen unter achtzehnhundert Mark liegen. Der Abbau hat bisher im wesentlichen Arbeiter und Angestellte aus etwa dieser Einkommenshöhe getroffen. Die Leiter der industriellen Unternehmungen, also die Interessenten, haben das so bestimmt. In der Politik mögen sie ebenso regieren wie in ihrem Geschäft. Deswegen ist unsere Wahlparole: Abbau der Interessenten jeder Art und in jeder Hinsicht.

Bayerischen Volkspartei und des Bauernbundes die Überweisung der Eingabe zur Berücksichtigung abgelehnt.

Der Oberwachtmann der bayerischen Polizei kann weiter mit der Frau, die ihm bereits drei Kinder geboren hat, in wilder Ehe zusammenleben — das erlaubt die bayerische Polizei. Aber daß er die Mutter seiner Kinder heiratet — das erlaubt die bayerische Polizei nicht. Denn das ist zwar wohl eine Förderung des einfachsten menschlichen Anstandsgefühls — aber es vertritt sich nicht mit dem katholischen Sittensinn, das die Ehe mit einer geschiedenen Frau verbietet. Die ausländischen bayerischen Behörden verfahren so, als ob nicht die Staatsgesetzgebung, sondern das kanonische Recht in Bayern in Gültigkeit wäre.

Seine Majestät Franz der Erste

Der Stahlhelm hat eine Veranlagungsreise nach Norwegen veranstaltet. Die illustrierte Beilage der Stahlhelmzeitung veröffentlicht nun eine Serie von Bildern über diese Fahrt. Unter der Aufschrift: Der Bundesführer geht ans Land, der erste Bundesführer mit den Vertretern der norwegischen Frontkämpfer, der erste Bundesführer mit norwegischen Schönen, der erste Bundesführer in einer Spalte des Rindalsglärsers, Ortsgruppe Turhaven begrüßt den ersten Bundesführer bei der Heimkehr.

Der erste Bundesführer, der erste Bundesführer, der erste Bundesführer: Seine Majestät Franz der Erste vom Stahlhelm haben höchstselbst gerührt, das Land Norwegen, seine Schönen und seine Gleichgesinnten mit höchstseiner Gegenwart zu beehren.

Bei übermäßiger Schwelgerei an Händen, Füßen und in den Achselhöhlen, sowie Geruchsbelästigung, besonders bewährt Leoform-Creme, Tube 1 Mark. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Freistaat Baden Badische Reichstagswahlen

Baden hatte 1928 mit die faulste Wählerhaft im Deutschen Reich

Stimmerechtig zur letzten Reichstagswahl am 20. Mai 1928 waren im Lande Baden rund 1 1/2 Millionen (genau 1 496 000) Personen; auf je 100 Einwohner entfielen 64,7 Stimmerechtig. Insgesamt haben sich 17 Parteien in Baden um die Gunst der Stimmerechtigten beworben; die Zahl der Reichstagsabgeordneten hat 199 betragen, darunter waren 15 weiblichen Geschlechts.

Abgelehnt haben von den 1 1/2 Millionen Stimmerechtigten 923 210, das sind 61,7 v. H., der Stimmerechtigten; mit anderen Worten: über eine halbe Million Stimmerechtigten haben sich in Baden der Abstimmung enthalten. Die Wahlbeteiligung war den vorausgegangenen Reichstagswahlen erheblich höher; im Jahre 1924 rund 71 Prozent, im Jahre 1920 rund 78 Prozent und im Jahre 1919 (Nationalversammlung) 84,4 Prozent.

In keinem anderen deutschen Land (außer Württemberg) war die Wahlbeteiligung vor zwei Jahren so gering, wie in Baden. In Württemberg betrug sie 68,4, in Bayern 74,4, in Sachsen 75,6 und im Jahre 1919 (Nationalversammlung) 84,4 Prozent. In Preußen betrug sie 76,4, im Durchschnitt des Deutschen Reiches 75,6. Besteht also die Ansicht, am 14. September erhebliche Verbesserungen unserer Bevölkerung herauszuholen und an die Wähler zu bringen.

Das Abstimmungsergebnis am 20. Mai 1928 war für die Parteien, die Bewerber aufstellten, außerordentlich verheerend. Am schlechtesten hat die Deutsche Reichspartei abgeschnitten, auf den nur 959 Stimmen im ganzen Land entfielen. Etwas besser ist es der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (2104 Stimmen), dem Reichs-Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (3588 Stimmen), der Linken Kommunistischen Partei Deutschlands (3859 Stimmen), den Linken Kommunistischen Partei Deutschlands (3859 Stimmen), der Deutschen Bauern-Partei (5446 Stimmen), der Christlich-Sozialen Reichspartei (8923 Stimmen), sowie der Reichs-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei (13 973 Stimmen) ergangen.

Ein anderes Bild zeigen das Zentrum und die Sozialdemokratie: Die sogenannte Partei hat nahezu 300 000 Stimmen (297 818), die Sozialdemokratie 204 346 Stimmen auf sich vereinigt. Von 100 gültig abgegebenen Stimmen entfielen 32,8 auf das Zentrum, 22,5 auf die Sozialdemokratie. In weitem Abstand liegen die

Deutsche Volkspartei mit 86 401 Stimmen, die Reichsnationale Volkspartei mit 74 012 Stimmen, die Kommunistische Partei mit 66 808 Stimmen, die Deutsche Demokratische Partei mit 63 888 Stimmen, die Reichssozialistische Vereinigung des badischen Mittelstandes mit 30 875 Stimmen, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Hitlerbewegung) mit 26 330 Stimmen, die Volksrechtspartei mit 15 162 Stimmen.

Die Badische Zentrumspartei war die einzige Partei, die bei den letzten Reichstagswahlen in verschiedenen Amtsbezirken (insgesamt 13) über die Hälfte aller gültig abgegebenen Stimmen vereinigt hat; allen übrigen Parteien ist es in keinem der Amtsbezirke gelungen, die Hälfte der Stimmen zu erobern. Die Sozialdemokratie hat in 2 Amtsbezirken (Mannheim und Karlsruhe) und ein Drittel aller gültig abgegebenen Stimmen vereinigt; der Deutschen Nationalen Volkspartei ist es im Amtsbezirk Sinsheim 33,4 Prozent, im Amtsbezirk Sinsheim 33,4 Prozent gelungen, 35,8 Proz. im Amtsbezirk Sinsheim 33,4 Prozent Stimmen auf sich zu vereinigen.

Wie wir dem vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Buch über die Reichstagswahl am 20. Mai 1928 (Seiten 3-4) entnehmen, ist es nur von den 17 Parteien, die in Baden gewählt, Abgeordnete in den Deutschen Reichstag entsandten. Auf das Zentrum entfielen 5, auf die Sozialdemokratische Partei 3, auf die Deutschen Nationalen Volkspartei 3, auf die Reichsnationale Volkspartei 3, auf die Kommunistische Partei und Deutsche Demokratische Partei je 1, alle übrigen Stimmen gingen zusammen mit 100 Stimmen aus Würtemberg, das mit Baden den Wahlkreis Baden XVI bildet, an den entsprechenden Reichswahlvorstände

Die Reichstagsabgeordneten der Badischen Bauernpartei, die Spitzenkandidat der Landtagsabgeordneten Anton Hilbert, wird in Unterengingen und an zweiter Stelle den Landtagsabgeordneten Beneri in Schweigern aufgestellt. Die Liste wird von der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei geschlossen werden.

Auf der Landesvorstandssitzung der Deutschen Nationalen Volkspartei in Karlsruhe wurde Landesdirektor Dr. Hanemann einstimmig wiederum zum Spitzenkandidat aufgestellt.

Immer mehr Arbeiterentlassungen

Die Firma Heinrich Lang A.G. will nach Beendigung der Produktion am 1. September Entlassungen von 1000 Arbeitern und Angestellten im Dreifachen vornehmen.

Konservative Volkspartei in Baden

Die Reichstagsabgeordneten der Badischen Bauernpartei, die Spitzenkandidat der Landtagsabgeordneten Anton Hilbert, wird in Unterengingen und an zweiter Stelle den Landtagsabgeordneten Beneri in Schweigern aufgestellt. Die Liste wird von der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei geschlossen werden.

Soziale Rundschau

Arbeiterentlassungen

Rassel, 6. August. (Ein. Dr.) Die Firma Heinrich Lang A.G. Rassel, hat die Gewerkschaften um Entlassung von 1000 Arbeitern und Angestellten nachschieben. Der Antrag wird mit Auftragsmangel in der Rassel-Fabrikation begründet.

Partei-Nachrichten

Weinbergen. Sozialdem. Verein. Freitag, 6. August. 9 Uhr. findet im Lokal „Röhle“ eine politische Versammlung statt. In Anbetracht der bevorstehenden Tagessitzung ist es Ehrenpflicht der Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.

Glossen

Hilfe, ein nahtes Weib!

Auf dem Schillerplatz in Mainz erhebt sich das Bekleidungsdenkmal, ein erwachsenes Weib in monumentalem Stil. Der Reichspräsident von Hindenburg hat das Denkmal eingeweiht, aber die katholische Geistlichkeit steht murrend beiseite. Sie veröffentlicht jetzt eine Kundgebung, in der es heißt: „Als Katholiken müssen wir das Denkmal nicht bloß vom ästhetischen, sondern auch vom religiösen Standpunkt aus bekämpfen und als öffentliches Denkmal ablehnen. Keine fitzame christliche Frau wird sich in einer solchen Entwürdigung gelassen, aber man darf es für unbedenklich, an einem verkehrsreichen Platze eine nackte Frauengestalt in Stein darzustellen!“ Das alte Weib! Ist nun eigentlich der Reichspräsident weniger fitzich als die katholische Geistlichkeit?

Schwärzestes Bayern

Vor kurzem wurde in der Öffentlichkeit bekannt, wie die Münchener Volksebene einem Oberwachtmann, der die geschiedene Frau eines Polizeiaffizienten heiraten wollte, die Heiratserlaubnis verweigert. Man nahm damals mit Betriedigung davon Kenntnis, daß im Eingabenausschuss des bayerischen Landtags darüber nur eine Stimme der Empörung herrschte und daß der Ausschuss beschloß, die Eingabe des Mannes, der um die Heiratserlaubnis nachsuchte, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Man hat jedoch den bayerischen Landtag übersäuht. Inzwischen hat der kirchliche Einfluss sich geltend gemacht, der das kirchliche Recht über die staatlichen Gesetze gestellt wissen wollte, und das Plenum des bayerischen Landtags hat nunmehr mit den Stimmen der

Gegen politisches Kuppeltum

Kampffront gegen die nationalistischen Horden

Zwei Abende hintereinander haben sich in Wahlvereinigungen die überaus beschämenden Tatsachen in Baden abgepielt, daß zwei Minister nur unter den allergrößten Schwierigkeiten ihre Wahlreden zu Ende bringen konnten: am Montag der Reichsfinanzminister Dietrich in der Karlsruher Festhalle, am Dienstag der badische Kultus- und Justizminister Dr. Kemmle in der Mischelstraße in Offenburg. In beiden Versammlungen konnten Horden nationalistischer Ausschüsse stark besuchte Wahlversammlungen bis zur Unkenntlichkeit stören. Ueber die Vorgänge in der Karlsruher Festhalle-Versammlung erhebt der badische Beobachter folgende Bemerkungen und durchaus berechtigte Beschwerden:

Es ereignete sich tatsächlich in der Festhalle in Karlsruhe am Montag das beschämende Schauspiel, daß ein deutscher Minister am Rednerpult stand, während die Horden nationalistischer Ausschüsse durch Reden und Ständchen in seiner Rede stören wollten. Die Horden nationalistischer Ausschüsse verhielten sich in der Karlsruher Festhalle wie in der Mischelstraße in Offenburg. Die Horden nationalistischer Ausschüsse verhielten sich in der Karlsruher Festhalle wie in der Mischelstraße in Offenburg.

Die Horden nationalistischer Ausschüsse verhielten sich in der Karlsruher Festhalle wie in der Mischelstraße in Offenburg. Die Horden nationalistischer Ausschüsse verhielten sich in der Karlsruher Festhalle wie in der Mischelstraße in Offenburg.

müssen das gelegentlich auch bei Versammlungen der eigenen Partei leider konstatieren.

Sollen sich in den nächsten Wochen und besonders in der letzten Zeit des Wahlkampfes, wo erfahrungsgemäß ohnehin die Wogen der politischen Leidenschaft hoch gehen, die Zustände in der Versammlungspropaganda nicht bis zu blutigen Exzessen und zur Schande für das „Mutterland“ Baden steigern, so muß jetzt ebenso energig wie rücksichtslos durchgegriffen werden. Wir verlangen vom Ministerium des Innern, daß es die Polizeidirektionen der Städte und die Landräte nachdrücklich anweist, daß alle geeigneten Maßnahmen vorgehoben und durchgeführt werden, die dem Treiben der nationalistischen Horden gründlich einen Riegel vorschieben, wobei bemerkt werden soll, daß zwar in Offenburg die Behörde vorzüglich die erforderlichen Vorkehrungen getroffen hatte; offenbar ist sie aber nicht im richtigen Moment zum Einschreiten veranlaßt worden.

Wenn man aber schon in der Presse nach der Polizei ruft, dann muß dieselbe Presse das Pflichtgefühl und den Mut haben, die Polizei in Schutz zu nehmen, wenn sie zum Einschreiten aufgerufen wird und wenn dann beim Hörsen Späne fallen.

Daran läßt es in der Regel gerade die bürgerliche Presse vollständig fehlen. Und daß die nationalistische Presse, von der famosen Badischen Presse angefangen bis zu dem auf der äußersten Rechten stehenden Organen, stets bereit ist, das nationalistische Kuppeltum und Horden zum Gegenüber der Polizei in Schutz zu nehmen, ist nur zu bekannt. Sollen Polizei und Gendarmerie gerade in solchen Zeiten ihrer schweren und auch manchmal für sie gefährlichen Pflicht genügen, dann haben sie auch den vollen Anspruch darauf, daß anständige Organe und alle anständigen Menschen für sie Partei ergreifen. Sie haben aber auch Anspruch darauf, daß die Polizeioffiziere ihre Untergebenen in Schutz nehmen, wenn eine Hege gegen dieselben veranlaßt wird.

Und noch ein anderes ist unsern Staatsbürgern dringend geboten: es mußte unverzüglich von der Möglichkeit des § 212 der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht werden, die den Schnellrichter auch in Baden einsetzt. Es wirkt ganz anders abschreckend auf das Kuppeltum aller Gestaltungen, wenn die Bürger wissen, daß sie ohne langweiliges und bürokratisches umständliches Verfahren, in möglichst kurzer Zeit dem Schnellrichter vorgeführt und abgeurteilt werden. Bei einem solchen Verfahren wirken nach allen Erfahrungen selbst milde Strafen viel abschreckender, als erst nach vielen Monaten härtere Strafen. Wir geraten in Zustände der Anarchie auf politischem Gebiete, wenn es heute in Deutschland Horden von Ausschüssen weiterhin möglich sein sollte, Versammlungen so zu stören, wie wir es erlebt haben und politisch Underscheidende geradezu als vogelfrei zu behandeln.

Wir fordern daher von der badischen Staatsregierung und allen ihr untergeordneten behördlichen Stellen, daß mit den Nachmitteln der Staatsgewalt der Terror gebrochen wird, ganz gleich, ob er von rechts- oder linksradikaler Seite auszuüben versucht wird.

Rohwollermittel: Vofes Melehen, aut. gesund, trocken, neue Ernte 5-5.50 M. Rostlehen, aut. gesund, trocken, neue Ernte 6-6.50 M. Zuzerne, aut. gesund, trocken, neue Ernte 6.50-7 M. Stroh, bräutig, reif, je nach Qualität, alte Ernte 4-4.50 M. Weizen per 100 Kilo, Mühlensfabrikate, Malz, Biererze und Malzsteine mit, Getreide und Trockenfischöl ohne Sad, Fruchtbarkeit Karlsruher bzw. Fertigfabrikate Karlsruher Fruchtbarkeit. Mägenpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge. Alle Preise von Landesprodukten gleichen sämtliche Spiel des Handels, die vom Kauf beim Landwirt bis zur Fruchtbarkeit Karlsruher entfallen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bemerken. — Abteilung Weine und Spirituosen: Lage un- verändert.

Marktberichte

Schweinemarkt Ettlingen. Der Markt war befahren mit 101 Ferkeln und 66 Läufern. Verkauft wurden alle Ferkel das Paar zu 36-43 M., ebenso alle Läufer das Stück zu 33-45 M.

Vom Bühler Zweifelhensmarkt. Der Markt am Dienstag war stark befahren, doch erlebten die Produzenten eine Enttäuschung durch den Preissturz von 20 Pfennig auf 12-15 Pfennig. In Ucker wurde bereits am Montag ein noch geringerer Preis erzielt. Im übrigen notierten Weizen 30-35, Roggen 20-25, Weizen 35-40, Hirsen 20-32, Avelen 15-22 Pf. das Fund.

Die Not der Bleag

Beschleuderung öffentlicher Mittel als Ursache?

Das gelamte dienstfreie Personal der Abtalsbahn hatte sich am Sonntag, 3. August, im Gasthaus zum „Bahnhof“ in Ittersbach zusammengelassen, um zu der geplanten Stillelegung der Strecke Bienenbach-Brökingen Stellung zu nehmen. Als Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen des Bleagpersonals waren Bezirksleiter W. S. und vom Gesamtverband und Verbandsleiter R. K. für die G.D.G. erschienen.

In ihren Worten wurde in der Versammlung die Unfähigkeit der Bleagdirektion, das Verlangen des Aufsichtsrats und Kreisrats genehmigt. Die Tatsache, daß die Betriebsergebnisse der Bleag hinsichtlich der Beförderungsleistungen und -Einnahmen gegenüber der Vorkriegszeit eher eine Verbesserung, denn eine Verschlechterung aufweisen, wurde vor allem als Beweis dafür angeführt, daß die gesamte Maßnahme in den Betriebsverhältnissen nicht gerechtfertigt sei. Große Enttäuschung rief in der Versammlung auch die Tatsache hervor, daß sich die ganze Betriebsführungsfunktion der Bleagdirektion in einer fortlaufenden Verschlechterung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse des Personals erschöpfe. Sind doch die Anstellungsverhältnisse in kurzer Zeit auf 84 Prozent des Reichsbeschäftigtenstandes gesunken worden. Besondere für die Verhältnisse bei der Bleag kam die geheimen Mächte, die anscheinend am Werke sind, das Unternehmen zum Erliegen zu bringen, ist auch der Umstand, daß man in der Person des Direktors D. v. n. v. der Mittelbahnen in Rehl den Kopf zum Führer gemacht hat, als man ihn zum „Sachverständigen für die Betriebsanierung“ bestellt hat. Nach den aus der Versammlung heraus erfolgten Befundungen, liegt Herr D. v. n. v. besonders die Bühler Bahn am Herzen, als deren späterer Verwalter er sich heute schon zu betrauen scheint. Doch sie vorher noch auf Kosten der Bleag „lanziert“ werden soll, verhält sich am Rande. Der einstimmige Wille des Personals, die geplante „Betriebsanierung“ mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern und die Wunden aufzuweisen, die dem Unternehmen entweder in demühter Ablicht oder aus Unfähigkeit geschlagen worden sind, kam in folgender einstimmig gefaßter Entscheidung zum Ausdruck:

Das am 3. August 1930 im Gasthaus zum „Bahnhof“ in Ittersbach abgehaltene Personal der Abtalsbahn nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Mittelbahnen insbesonders der Strecke Bienenbach-Brökingen maßgebliche Maßnahmen herbeiführen, die härteste aller Maßnahmen, die Stillelegung der zuletzt bezeichneten Linie bei der Aufsichtsbehörde zu beantragen.

Das gelamte Personal, das zum Teil in jahrzehntelanger treuer Pflichterfüllung bemüht war, und noch ist, für wirtschaftliche Gestaltung des Unternehmens mit zu tragen, erkennt eine solche Maßnahme als in den feststehenden Tatsachen nicht gerechtfertigt, da diese ihm die betriebsgefährdend von Ausschlag sind, nicht zuletzt künstlich herbeigeführt worden sind.

Abgesehen davon, daß vitale Lebensinteressen einer Anzahl der bei der Bleag Beschäftigten bedroht sind, müßte eine Stillelegung der Linie Bienenbach-Brökingen weitreichende, wirtschaftliche Schädigungen, des von der Bahn herührten Gebietes zur Folge haben. Im Interesse der Abwendung dieser Gefahren muß es Aufgabe aller beteiligten Instanzen der Gemeinden, des Kreises, des Staates und des Reiches sein, kein Mittel unversucht zu lassen, die Bahn zu erhalten. Die Versammlung ermahnt dabei die nachdrücklichste Wahrnehmung ihrer Interessen durch ihre wirtschaftliche Organisation.

Das Personal erkennt die maßgeblichen Ursachen der erst seit 1926 eingetretenen Defizitwirtschaft.

1. In der von Verwaltung und Aufsichtsrat in verfehlter Weise betriebenen Finanzpolitik, die das Unternehmen mit einer untragbaren Last belastet hat, obwohl der Kreis verträglich verpflichtet ist, entstehende Defizite zu tragen.
2. In betriebswirtschaftlichen Maßnahmen der Direktion die den Betrieb mit Unkosten belastet haben, die in den Betriebsverhältnissen nicht gerechtfertigt sind.
3. In der verfehlten Verkehrspolitik der Stadt Karlsruhe, die übertriebene namhafte Zuschüsse zum Ausbubetrieb Karlsruhe-Kuppel nur leisten muß, der einerseits als eine ebenfalls meienliche Ursache für die gefährdete Wirtschaftlichkeit der Bleag gemerkt werden muß.

Die wirtschaftliche Notlage eines solchen Gebührens wird noch besonders dadurch verdeutlicht, daß die Stadt Karlsruhe über den Kreis die durch ihr eigenes Defizitunternehmen bei der Bleag verursachten Defizite mittragen muß. Das Personal lehnt es mit allem Nachdruck ab, wie bisher auch weiterhin die Hauptlast der verfehlten Betriebsführung zu tragen. Es weiß sich im Bewußtsein seiner Pflichterfüllung in seinen Beiträgen den Betrieb und damit seine Existenzgrundlage zu erhalten, eins mit der gelamten Öffentlichkeit im Kreis Karlsruhe, die ihr eigenes Bestehen gegen unverantwortliche Verwallung und Verschleuderung zu verteidigen hat.

Gewerkschaftliches

Eisenbahner und Reichstagswahl

Der Verband und Beirat des Einzelverbandes der Eisenbahner dieser Lage in Dresden zum Reichstagswahlkampf Stellung genommen. Der Verbandvorsitzende, Reichstagsabg. Scheffel, trat in seinem Vortrag über die wirtschafts- und organisationspolitische Lage der Eisenbahner auf, zu ihrem Teil mit aller Kraft der Wahl dem reaktionären Kurs des organisierten Arbeitervertreter zu gebieten. Scheffels Ausführungen fanden ihre Zustimmung in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die im wesentlichen folgendermaßen lautet:

Der Einzelverband wird sich jedem Versuch eines Abbaus der Arbeitsplätze mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenstellen, da die Vermehrung der Lohn- und Gehaltsabgaben die Wirtschaft nicht nur, wohl aber die produktiv tätigen Teile der Bevölkerung der Arbeitslosigkeit ausliefern. Scheffels Protest erhebt der Verband gegen die von dem Präsidenten des Verwaltungsrates der Reichsbahn, Herrn von Siemens, an die Reichsregierung gerichtete Aufforderung, sogar durch Rechtsbruch das Einkommen der Eisenbahner zu kürzen. Das Gleiche gilt gegenüber dem schematisch vorgetragenen Personalabbau, sowie der aller Mord und den anderen Sitten sumerlautenden Verschlechterung der Lage der Hilfsarbeiter. Ungeachtet der Bedeutung der Reichstagswahlen für die arbeitenden Massen und in der klaren Erkenntnis, daß die Regierung Müller seinerzeit nur besetzt wurde, weil sie sich verpflichtete für die gewerkschaftlichen Forderungen einzustehen, appelliert die Konferenz an die Eisenbahner und ihre Familienangehörigen, die Sozialdemokratische Partei, die sich als die beste politische Vertreterin der Eisenbahner erweisen hat, bei der Wahl am 12. September mit aller Kraft zu unterstützen.

Die Streiks in Nordfrankreich

Paris, 6. Aug. (Eig. Draht.) Den letzten Meldungen aus dem nördlichen Industriegebiet zufolge ist die Zahl der Streikenden seit Dienstag ziemlich stetig geblieben. In Doubaix haben sich vier Kohlenfelder erklärt, die Abgaben für die Sozialversicherungskasse von sich aus zu bedenken. Die Belegschaften nahmen daraufhin die Arbeit wieder auf, während sich die Belegschaft einer Textilfabrik in Fourties in Stärke von 500 Mann dem Generalstreik anschloß. Die Zahl der Streikenden wird allein in der Umgebung von Doubaix auf etwa 60 000 geschätzt.

Wie der „Temps“ meldet, haben sich die Transporte von Streikbrechern aus Belgien insoweit stark vermindert. Ein Teil der belgischen Arbeiterschaft hat aus Furcht vor der Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich am Dienstag an der belgisch-französischen Grenze abspielten, die Reise nach Frankreich verweigert.

Volkswirtschaft

Karlsruher Börse

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Auf Grund der ausstehenden Notierungen ist der Markt anregender. Die Käufer verhalten sich im allgemeinen abwartend. Futtermittel für. Zubereiteter Weizen, neue Ernte, je nach Beschaffenheit 27.25-28.25 M. Deutscher Roggen, neue Ernte, je nach Beschaffenheit 18-19 M. Wintergerste 18.50-19 M. Wintergerste, neue Ernte ohne Rogg, Deutscher Hafer, alte Ernte, je nach Qualität 17.75-18.50 M. Weizenmehl, Mühlenerzeugung, August 44 M. Weizenmehl, Mühlenerzeugung, Sept.-Okt. 43 M. Roggenmehl, 60 Prozentig, je nach Fabrikat 27.75 bis 29.50 M. Weizenbrotmehl (Wintermehl) je nach Fabrikat, prompt 19 bis 20.50 M. Weizenbrot, je nach Fabrikat, prompt 7.75-8 M. Weizenbrot, prompt 8.25-8.75 M. Weizenbrot, je nach Qualität, prompt 10-10.75 M. Weizenbrot, je nach Qualität 8.50-10.50 M. Trockenkorn, lste, je nach Fabrikat, Karlsruher 8-8.50 M. Erdmühlkorn, lste, deutsche, je nach Lieferung 14.25-14.75 M. Rostkorn, je nach Fabrikat 14.50 M. Bohnen, lste, je nach Fabrikat 18.50 M. Sojabohnen 12.25-12.60 M. Weizenklein, neue Ernte, gelb, 8.50-9 M. Weizenklein, neue Ernte, weiß, 7-7.50 M.

Mein Glaubensbekenntnis

In der alten Bibel steht geschrieben:
Du sollst lieben die Feinde lieben.
Nicht steht darin, sich mit dem Kapital zu vermehren.
Noch am Wahlen den Nichtsozialisten zu wählen.



MAKEDON ZIGARETTEN

PERFEKT 5 SOZIAL

MAKEDON ZIGARETTEN - FABRIK G.M.B.H. MAINZ ARH

KONZERNFREI

Generalvertretung: **Fritz Waibel**, Mannheim, Heinrich Lanzstraße 44, Telefon 40279, Niederlage: J, 1, 14, Telefon 40279.

Aufbau der Volksschule

Ein wichtiger Erlass des badischen Unterrichtsministeriums

Der badische Unterrichtsminister, Dr. Kemmle, hat vor kurzem im Amtsblatt einen Erlass veröffentlicht, der verdient, in den weitesten Kreisen, vor allem bei der Arbeiterschaft, beachtet zu werden; denn hier wird das größte und schwierigste Problem der gegenwärtigen Schulpolitik, nämlich die Frage des Ausbaues der Volksschulen, der Eindämmung der Inflation an den Höheren Schulen und damit auch die Bekämpfung des Berechtigungsnotstandes amtlich aufgegriffen.

Niemand wird erwarten, daß bei vorausgesetzter, daß diese großen Fragen in kurzer Zeit und durch ministerielle Anweisungen erledigt werden können. Aber immerhin ist nun durch diese Erlass die Frage aus dem Bereich theoretischer Erörterungen herausgelassen und zu einer praktischen Wirklichkeit, wenn auch noch in der Form einer Ministerverordnung geworden.

Somit hätte das Ministerium einmal Gelegenheit gegeben, die in einem Kreis von verantwortlichen Schulmännern diese Frage zu erörtern; es fand eine Konferenz statt, in der über die genannte Frage einer der besten Kenner, Gen. Stadtschulrat Kimmelman, referierte. Kurze Zeit nachher veröffentlichte der Minister im Amtsblatt einen Erlass zu dieser Frage, dem man wohl eine gewisse historische Bedeutung zuschreiben darf und den wir deshalb mit einigen Auszügen hier wiedergeben; er lautet:

Die Zahl der Abiturienten der Höheren Lehranstalten ist allmählich eine besorgniserregende Höhe erreicht. Nur ein kleiner Teil von ihnen kann eine dem Ausbildungsstand entsprechende Stellung erlangen. Die große Mehrzahl von den Höheren Schulen abgehenden Schüler muß sich mit einer Tätigkeit und Entlohnung begnügen, zu der die langjährige schulmäßige Schulzeit nicht nötig gewesen wäre. Diesen ungünstigen Verhältnisse einer für die Lebensanforderungen überhöhten Schulausbildung muß aus sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Gründen gesteuert werden. Dazu ist ein Ausbau des Volksschulwesens notwendig. Es soll damit erreicht werden, daß die Höheren Lehranstalten nur von solchen Schülern besucht werden, die zur Schulpflicht streben, und daß den anderen Schülern für ihren anders gearteten Lebensberuf zweckmäßigere Schulbildung zuteil wird. Vor allem muß in der Volksschule durch Erweiterung und Vertiefung des Unterrichts der Aufbau weiterer Klassen erreicht werden, daß Volksschüler nach erfolgreichem Besuch der oberen Volksschulstufen ohne Schwierigkeit nicht nur zur einfachen Handelsschule übergehen können, sondern auch zur Höheren Handels- und Gewerbeschule übergehen können. Durch die beschriebenen Maßnahmen wäre mehrfachen Interessen unseres Volkes gedient. Die Durchführung des Gedankens ist möglich im Rahmen des badischen Schulgesetzes. Es kann durch Gemeinbeschlüsse der Gemeinden in der Volksschule in Fremdsprachen und in der Selbsttätigkeit je nach den Bedürfnissen maßfrei und in der Gemeinverbindlich durchgeföhrt werden. Es ist darauf zunächst Sorge der Gemeinden (Stadt- und Landgemeinden), einem großen Teil ihrer Kinder die Möglichkeit einer zweckmäßigeren und unentgeltlichen Schulbildung zu verschaffen. In absehbarer Zeit wird die Regierung wegen etwa erforderlicher weiterer Ausgestaltung der Volksschule an den Landtag heran-

treten. Ich soll man einen solchen Erlass, der zunächst nur eine Bestätigung feststellt und der vor allem auch wesentliche Momente der Bewirkung in die Hand der Gemeinden legen muß, als Maßgabe der badischen Schulgesetzgebung, nicht übersehen; aber man darf ihn auch nicht unterschätzen. Denn diese Frage ist ein Kernproblem der Schulreform in allen industrialisierten Ländern. Nicht nur in Deutschland, auch in England und Amerika hat man um diese Reformen. Zum Teil liegen auch schon praktische Beispiele vor. Wenn nur Jahrzehnten einmal das sogenannte Schulkonferenzsystem ein wesentlicher Schritt in eine neue Gestaltung des Schulwesens war, so scheint heute das Volksschulgesetz System berufen, hier vorbildlich zu wirken. Wobei hat vor allem zunächst den Zugang zur höheren Schule auf eine bestimmte Zahl beschränkt, und dann Volksschule und die sogenannte Mittelschule (eine Art gehobener Volksschule) vereinigt. Gleichwohl aber auch die Volksschule innerlich neu gestaltet, indem die Volksschüler einen gemeinschaftlichen Kernunterricht erhalten, dann aber in verbindlichen und unverbindlichen Kursunterricht geteilt werden. Zum Kernunterricht gehören die allgemeinen Fächer, wie Deutsch, Geschichte, Rechnen usw., während in den Kursen A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z, die verschiedenen Kurse, wie Physik, Chemie, Mathematik, Werkunterricht (Handwerk), Kunst, Musik, Sport, etc. (unverbindlich) gelehrt werden.

Mancher wird nun freilich hierbei denken, daß die Durchführung dieser Pläne scheitern wird an der Tatsache wesentlich höherer Kosten. Dem ist aber nicht so. Es werden wesentlich höhere Kosten nicht entstehen, da ja diese Reform zum größten Teil nur eine Umorganisation des inneren Schulbetriebes, also eine rein pädagogische Frage bedeuten wird, und auf der anderen Seite wird man sogar auf dem Gebiet der viel teureren Schulgebäude, die man für die Höheren Schulen viel mehr kostet als der Volksschule. Aber das sind technische Fragen, die hier nicht näher behandelt werden können. Wichtig ist vor allem das eine und es ist das politische Bedeutsame, daß hier unter sozialdemokratischer Führung mit der Lösung eines Problems begonnen wird, das vor allem unsere Volksschulreform zu interessieren hat. Wie können die Volksschulen über die freie Bahn, die dem Tüchtigen offen stehen soll, nicht auch den Weisesten, wenn man nicht dem Tüchtigen aus dem Wege räumt, so daß die Weisheit macht aus den bescheidenen sozialen Verhältnissen seiner Eltern heraus. Das ist der Kern dieser Frage. Ihre Verantwortung ist damit auch ein Stück der politischen Macht. Nur wenn im Reich und in den Ländern die Sozialdemokratie über genügend große politische Macht verfügt, wird sie diese Probleme verwirklichen können. Ihr zu dieser Aufgabe zu verhelfen, ist mit auch der Sinn des 14. September-

Die wichtigste Rolle wie die Nahrungsmittel selbst spielen in unserer Ernährung die Genussmittel. Sie erst machen die Speisen schmackhaft, aber schmeckt, bekommt auch. Es ist darum kein Wunder, daß sich die moderne Magal-Würze so allgemal Beliebtheit erfreut. Denn nur diese Würze, erst kurz vor dem Anrichten zugefügt, erwidert Aroma, Konsistenz und bessere Ausnutzung der damit verbundenen Gerichte.

Aus aller Welt

Schweres Grubenunglück im Saargebiet

Saarbrücken, 6. August. Auf dem Ostsicht „Cameleite“ bei Clarenthal der Inzestkohlenergrube ereignete sich heute früh auf 1200 m Tiefe eine Kohlenstaubexplosion. In der Abteufung waren 48 bis 50 Bergleute beschäftigt. Im Laufe des Vormittags wurden 19 zum Teil schwer verbrannte Arbeiter zutage gefördert und ins Fischbacher-Krankenhaus übergeführt.

Von den ins diesseits Anapthalskrankenhaus eingelieferten Verletzten der Schlagweiterexplosion auf der Grube Clarenthal sind zwei schwerverletzte Bergarbeiter im Laufe des heutigen Nachmittags gestorben. Saarbrücken, 6. August. Das Oberbergamt Saarbrücken teilt mit: Zwischen 6.30 Uhr und 6.45 Uhr nachmittags ereignete sich heute in einem Abbaufeld der Grube Clarenthal eine Schlagweiterexplosion, durch welche die Belegschaft des Stökes und einige Nachreiter, insgesamt 18 Personen, verletzt wurden. Die Bergbehörden haben die ganze in Frage kommende Abteilung beschaffen. Die Unfalluntersuchung ist im Gange. Wie wir weiter erfahren, befinden sich von den Verletzten vier Personen in Lebensgefahr.

Dreifacher Mord und Selbstmord

Sobro (Litauen), 6. August. Vor einigen Tagen brannte das Haus des Futtermeyers Christensen in Onegaard nieder. Seine Frau und seine beiden Kinder wurden als verkohlte Leichen aufgefunden. An den Leichen konnte festgestellt werden, daß der Tod durch Messerstiche herbeigeföhrt worden war. Der Futtermeyer war seitdem verschwunden. Heute wurde nunmehr in einem Teich bei Onegaard seine Leiche mit durchschnitener Kehle aufgefunden. Man nimmt an, daß Christensen nach einem Streit seine Familie ermordet, das Haus in Brand gesteckt und sich dann selbst das Leben genommen hat.

Der ausgeplünderte Oberstaatsanwalt

Wien, 6. August. (Eigene Meldung.) Ein mit großer Tollkühnheit ausgeführtes Räuberstück hat sich einer Meldung aus Budapest zufolge gestern in der Nähe von Bacau ereignet. Schwereverwundete Banditen überfielen den k. k. Oberstaatsanwalt am Hofplatz, sowie dessen Gattin, ferner einen weiteren Begleiter und einen k. k. Richter. Die Gattin des Richters und die fünf Personen mußten sich vollständig entkleiden und alle ihre Habe ausliefern. Darauf ergriffen die Banditen unter Mitnahme der Kleider ihrer Opfer die Flucht. Die Ausgeraubten trafen Spätmittags in Bacau an, wo sie der Behörde Anzeige erstatteten. Der Oberstaatsanwalt konnte eine genaue Personalbeschreibung der Banditen geben. Auf Grund dieser gelang es schon nach wenigen Stunden, ein Mitglied der Bande namens Setma, einen berüchtigten Einbrecher und Raubdieb, zu verhaften. Nach den anderen Bandenmitgliedern wird von der Polizei gefahndet.

Brandunglück in einer Spinnerei

Paris, 6. August. Bei einem Brande in einer Spinnerei in Marville sind zwei Arbeiterinnen und ein Arbeiter ums Leben gekommen.

Millardenschäden durch die amerikanische Rekordhitze

New York, 6. August. Die Witterungsbedingungen sind weiter eingehend mit der seit dem 17. Juli ununterbrochen anhaltenden Rekordhitze und ihren verheerenden Folgen für die Landwirtschaft. Man befürchtet, daß der Landwirtschaft zugefügte Schaden ein Millionäre Dollars übersteigen wird, da auch die Viehzucht schwer betroffen ist. In mittleren Breiten beginnt die Hitze allmählich nachzulassen. Im Osten dürften die Rekordtemperaturen erst am Donnerstag zurückgehen. Die Stadt New York erlebte gestern den heißesten Augusttag, der seit dem Bestehen des Wetterbüros verzeichnet wurde. Aus vielen Orten werden Todesfälle, geistige Erkrankungen und Selbstmorde gemeldet, die auf die unerträgliche Hitze zurückzuführen sind.

Klassenkampf in einem amerikanischen Gefängnis

New York, 6. August. In einem Gefängnis auf Welfare Island, das sich auf einer Insel mitten des Hafens befindet, der den Stadtteil Manhattan von Brooklyn trennt, kam es gestern zu einem ersten

bitteren Kampf zwischen mehr als 400 Weißen und Negern, in dessen Verlauf sieben Sträflinge schwer verletzt und über zwanzig leicht verletzt wurden. Tausende von Passanten sahen von den beschriebenen Bränden der stundenlangen Schlägerei zu, die sich in dem Gefängnis abspielte und bei der es sich weder um eine Meuterei noch einen Fluchtversuch, sondern lediglich um die Austragung von Rassenkämpfen handelte.

Auto fährt in eine Soldatenabteilung

Berlin, 6. August. (Eigene Meldung.) In Moabit hat sich heute mittags ein schwerer Unglücksfall ereignet. Eine Autodroschke, die infolge des regenartigen Nippeltes ins Schleudern geraten war, fuhr in voller Fahrt in eine etwa 30 Mann starke Formation der Reichswehrmarschgruppe, die gerade durch die Paulstraße marschierte. Zahlreiche Reichswehrleute wurden zu Boden gerissen, vier von ihnen blieben zum Teil schwer verletzt auf dem Pflaster liegen. Die Kameraden brachten die vier Verletzten zu einem in der Nähe wohnenden Arzt, wo ihnen die erste Hilfe zuteil wurde. Dann wurden zwei, die das Bewußtsein noch nicht erlangt hatten, in sehr ernstem Zustande ins Moabiter Krankenhaus verbracht.

Die Millionärin als Mörderin

Blutige Raube einer enttäuschten Liebhaberin

Eine Frau im Hermelinpelz hat einen Mord begangen. Sie erschöpfte in einem Pariser Vorort die Gattin ihres Liebhabers. Dann stellte sich die Mörderin der Polizei. Paris ist um ein Liebesdrama reicher.

Die Mörderin, eine holländische junge Frau von raffinierter Schönheit, ist Millionärin, heißt Lady Owen und stammt aus einer sogenannten hochachtbaren englischen Familie. Der eigentliche Schuldige: ein reicher Pariser Arzt namens Gastaud, Befitzer einer Klinik für die Malheurden der oberen Zehntausend. Das Opfer: die Gattin des Arztes, eine hübsche, nicht mehr ganz junge Frau, die draußen einsam und verlassen in einem Villenort lebte. Lady Owen war, wie man sagt, eine „große Dame“. An der Riviera, in den Luxus-hotels in Paris führte sie, von materieller

Die belte Sparkalle

Ein Beitrag zum Wahlsonderr S. P. D.

Sorge unbefwogen, ein herrliches Dasein. Da sie keine Sorgen hatte, machte sie sich welche. Sie litt an einer eingebildeten Krankheit, suchte einen Arzt auf und ließ sich von ihm „behandeln“. Erfolg: ein Kind, das die schöne Mörderin jetzt unter dem Herzen trägt. Um die Liebesbande mit dem Arzt Dr. Gastaud fester zu knüpfen, brachte sie ihn in finanzielle Abhängigkeit. Sie drohte ihm zu hämieren, falls er sich nicht scheiden ließe und sie heirate. Dr. Gastaud zahlte das geliebte Geld in kümmerlichen Raten zurück und setzte dann die reiche Geliebte vor die Tür...

Lady Owen richtete sich nun nach der neuesten Pariser Mode in derartigen Dingen. Sie kaufte sich einen Revolver, rief in ihr Auto und fuhr hinaus zur Villa, die die Frau des Arztes bewohnte. Frau Gastaud öffnete selbst — schon trachten Schüsse — zu Tode verlegt brach das Opfer zusammen.

Lady Owen steckte den Browning ein und fuhr mit ihrem Wagen zur nächsten Polizeiwache. Hier gestand sie ihre Tat an, wählte sich einer der tüchtigsten Pariser Rechtsanwälte als Verteidiger und ließ sich in Untersuchungshaft abführen. Da sitzt sie nun, indes die Psychiater an Gutachten arbeiten, um die mangelnde Zurechnungsfähigkeit der Angeklagten herauszufindern. Im Herbst kommt dann der „sensationalle“ Prozeß, und die Boulevard-Presse freut sich heute schon auf die fetten Heberschriften, die diese „dicke Sache“ liefert.

Kleine bad. Chronik

Durch scheuende Pferde tödlich verunglückt

Dettingen (Amt Bruchsal). Der 45 Jahre alte Kohlenhändler Appel war gestern abend 9 Uhr auf der Heimfahrt mit einem beladenen Gricomagen begliffen. Unterwegs brach ein Wagenentzwei; die Pferde scheuten und stießen in den Dr. Appel wurde schwer verletzt auf der Landstraße gefunden und ist inzwischen verstorben.

Zusammenstoß zwischen Auto und Motorradfahrer

St. Blasien, 6. Aug. Dienstag vormittags ereignete sich an der Straßenecke bei der hies. Sparfalle ein schwerer Verkehrsunfall dadurch, daß ein Motorradfahrer mit dem Auto des hiesigen Arztes Dr. Borg zusammenstieß. Der Motorradfahrer, der auf dem Soziusplatz seine Frau bei sich führte, wollte in die Kurve einbiegen, als er von dem Kotflügel des Autos erfaßt und zu Boden geschleudert wurde. Der Motorradfahrer erlitt einen Beinbruch und seine Frau wurde innere Verletzungen. Nachdem Dr. Borg den beiden in dem nahen Hotel zur Wels einen Notverband angelegt hatte, wurden sie in das Heidelberger Krankenhaus überführt.

Hellingen. In das Karlsruher Krankenhaus wurde ein 3-jähriges Kind von hier verbracht, bei dem Spinale Kinderlähmung leichter Grades festgestellt wurde. Anlaß zur Veranlassung ist nicht vorhanden.

Sinsheim a. d. E. Bürgermeister Sidler, der vor wenigen Tagen aus Gesundheitsrücksichten vom Amt zurücktrat, ist einem Schlaganfall erlegen.

Zeil a. S. Dienstag nachmittags wurde ein mit zwei Personen beladener Motorrad zwischen Zeil und Unterentersbach von Zuge der Nebenbahn Riechen-Hörschamerbach erlöst. Der Mechaniker Otto Schmidt wurde getötet, während sich der Soziusfahrer durch Abpringen retten konnte.

Gaggenau. Vermist. Seit dem 28. Juli wird der 38 Jahre alte verh. Schuhmachereifer Josef Schmitt von hier vermist. Man vermutet, daß sich der schwermütige Mann ein Leid angetan hat.

Kehl. Beim Schussgeleit ertrank am französischen Zoll jenseits der Brücke ein hiesiger Autotaxi-Chauffeur. Auto und geschossene Waren wurden beschlagnahmt und der Chauffeur ins Straßburger Bezirksgefängnis eingeliefert. Nach Hinterlegung einer ziemlich hohen Kaution wurde Chauffeur und Auto freigegeben.

Kehl. Hafenverkehr im Juli. Im Monat Juli sind im Kehler Hafen 279 Schiffe eingelaufen, die 115 888 Tonnen Ladung brachten. Die größte an einem Tag eingelaufene Schiffsladung war 24 und zwar am 14. und 24. Juli mit 9076 bzw. 11 895 Tonnen Ladung. In der gleichen Zeit sind 136 Röhne mit 52 207 Tonnen abgegangen.

Kollman. Dienstag nachmittags lief ein älteres Fräulein namens Wehle, welches ihren ledigen Bruder dem Baumeister a. D. Wehle den Haushalt führt in ein Auto hinein, als sie einem aus anderer Richtung kommenden Wagen ausweichen wollte. Sie erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie wenige Stunden später im Krankenhaus Waldkirch starb.

Waldkirch. Bei Freiburg. Bei Wolfenweiler fuhren die hiesigen Bürgerzöhne Kiefer und Bennet mit ihrem Motorrad auf ein Auto auf und wurden vom Rad geschleudert. Beide erlitten schwere Verletzungen.

Waldkirch. Bei Tiengen ließ ein mit zwei Personen beladetes Taxometrauto mit einem Bierauto der Staatsbrauerei Rothaus zuschlagen. Dabei wurden der Homöopath Maier und eine Patientin schwer am Kopf verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus Waldkirch verbracht.

Schoffheim. Der 20 Jahre alte Maler Max Dürflinger von Schoffheim führte in Kleinlautenbach aus beträchtlicher Höhe ab und blieb mit schweren Rückenmarkverletzungen liegen. Er wurde in lebensgefährlichem Zustand ins Krankenhaus verbracht.



MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Schon wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Soßen, Gemüsen und Salaten kräftigen Wohlgeschmack — Vorteilhaftester Bezug in großer Originalflasche zu R.M. 6.50.

Verlangen Sie ausdrücklich MAGGI'S Würze

Donnerstag bis Samstag

SONDER ANGEBOT!

Grösster Warenhauskonzern Europas im Eigenbesitz



Foulard reine Seide, ca. 90 cm, neue Must. Mtr. 2.45	Wochenend-Koffer braun, Stofffutter u. Deckeltasche, ringaberm gesteppt, 35 cm Stück 2.90	Pullover Original Wien, mit kurzem Arm Stück 2.95	Damen-Strümpfe künstliche Waschseide, feinstidige Qualität, in vielen Farben Paar 95
Damen-Filzhut flotte Form, mit Bandgrün, verschiedene Farben 3.90	D' Spangenschuhe Lack od. beige mit rotbraun komb., Paar 7.90	Bluse kurzarmlig, Trikot-Charmeuse Stück 2.95	Damen-Strümpfe „Colta-Gold“, neueste Farben, besonders preiswert Paar 1.65
Damen-Schirm Halbseide, schw. u. farbig, Celluloidgriff 3.90	Damen-Leder-Flechtschuhe fesche Formen Paar 9.80	Damen-Nachthemd weiß mit buntem Kragen Stück 1.85	Herren-Socken Jacquard m. Kunstseideneffekten Paar 75
Rollfilm bis Größe 6x9 Stück 75	Morgenrock apart gemustert, mit Crêpebesatz 3.65	Bademantel aus gutem Frotté, moderne Muster . . . 6.90	Sporthemd mit festem Kragen und Krawatte Stück 4.90
Kernseife reine Qualität 4 große Block 95	Garten-Kleider aus gestreift. Waschtstoff, jugendl. Größen 1.45	Badeanzug zweifärbig, für Damen und Herren . . . 2.90	Selbstbinder reine Seide, aparte Sommerdessins . . 1.25
Ein großer Posten Damen-Kleider bedruckt Waschseide, flotte Formen, moderne Muster . . . 3.90	Voll-Volle, aparte Blummuster, sehr fesche Formen 6.90	Tolle rayé, moderne Farbgestaltung, flotte Sportformen 8.75	
Wachstuch , 85 cm 100 cm 115 cm br. fehlerfrei, viele Muster . . . Mtr. 1.25 1.45 1.65	HERMANN HETZ KARLSRUHE		Kleider-Kunstseide Ser. I II III große Musterauswahl Meter 68-7 85-7 1.25
Inlaid-Linoleum-Teppiche , fehlerfrei ausgerollte Muster 150/200 cm 16.80 200/250 cm 27.90 200/300 cm 33.60		Wollmusseline Ser. I II III moderne Druckmuster Meter 1.25 1.60 1.95	

Aus dem Gerichtssaal

Brandstiftung aus verschmähter Liebe!

Im Karlsruhe, 6. August. Mit einem psychologisch interessanten Falle hat sich heute das Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsrat Döttinger) zu befassen. Angeklagt war die geschiedene Hauptlehrerwitwe Anna Luise Schulz geb. Steiner aus Haslach bei Wolfach, zuletzt wohnhaft in Gernsbach. Die von Staatsanwalt Weiler vertretene Anklage lautet auf vorjährige Brandstiftung.

Bei der Angeklagten, die im 32. Lebensjahre steht, handelt es sich, wie Medizinalrat Dr. Schöniag ausführte, um eine hysterische Psychonatin von haltloser, triebhafter und leidenschaftlicher Veranlagung. Sie besuchte die Handelsschule in ihrem Heimatort, war während des Krieges auf dem Büro einer Stenotypistin in Polen beschäftigt und war 1921 auf dem Büro einer Genossenschaft in Karlsruhe beschäftigt. Im Frühjahr 1923 lernte sie ihren Mann kennen, den sie am 19. Oktober 1923 heiratete. Das Ehepaar lebte in Hörden, wo ihr Mann als Hauptlehrer wirkte. Die Ehe blieb kinderlos. Im Februar 1928 lernte sie anlässlich eines Maskenballes den 29jährigen Kaufmann Wendelin Wisemann aus Gernsbach kennen, mit dem sie in intime Beziehungen trat. Anfanglich merkte ihr Mann nichts von dem ehebrecherischen Verhältnis, später jedoch wurde er misstrauisch und erfuhr auch, daß seine Frau ihm die eheliche Treue nicht hielt. Er reichte Ehescheidungsklage ein. Durch Urteil vom 3. Juli dieses Jahres, das allerdings noch nicht rechtskräftig ist, wurde die Ehe aus Versehen der Frau geschieden. Der Ehemann wurde nach Odenheim verlegt. Das ehebrecherische Verhältnis war im Laufe der Zeit in ganz Hörden bekannt geworden. Bis vor dem Tage der Anklage lag ihr zur Last, in der Nacht vom 4. auf 5. Mai dieses Jahres gegen 2 Uhr das Wisemannsche Anwesen in Hörden in Brand gesteckt zu haben und erachtet als Beweggrund der Tat die Tatsache, daß Wendelin Wisemann das Verhältnis mit der Angeklagten lösen wollte, weil ihm von seinem Vater deswegen Vorhaltungen gemacht worden waren und es ihm nicht möglich war, die Angeklagte zu unterhalten. In der Brandnacht hatte sich die Angeklagte in dem Wisemannschen Anwesen, das an der Bahnhofsstraße gelegen ist, aufgehalten, um Wisemann, der auf einer Autofahrt unterwegs war, zu erwarten. Sie hielt sich versteckt und hatte die Schube ausgesogen, um von den Verwandten ihres Liebhabers nicht gesehen oder gefaßt zu werden. Wisemann kam gegen 1/2 2 Uhr nachts von der Autofahrt zurück und hatte auf dem Wege nach Gernsbach eine Auseinandersetzung mit der Angeklagten, die seit 22. Februar von ihrem Manne getrennt in Gernsbach lebte. Wie bei ihrer Vernehmung feststellte, hatte sie Wisemann dort genächtigt. Im Frühjahr 1929 fürzte sie sich nach einem Streit mit ihrem Manne in die Wura, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen; ihr Mann rettete sie jedoch. Am Tage der Trennung von ihrem Manne, ist sie, betäubt durch Veronal, das sie zu sich genommen hatte, aus dem Schlafzimmer der Dienstwohnung ihres Mannes in Hörden gefallen; sie wurde nach dem Krankenbause Gernsbach verbracht, wo sie erst am 13. März wieder entlassen wurde. Auch hierbei handelte es sich wohl um einen Selbstmordversuch aus dem Grunde, weil Wisemann das Verhältnis lösen wollte. Die Angeklagte behauptet, es wäre ihr recht gewesen, daß Wisemann sich zurückziehen wollte, da ihre Beziehungen in der Gemeinde Verzeirnis erregt hätten.

Die Angeklagte bestritt entschieden, den Brand gelegt zu haben. Sie habe zwischen Gernsbach und Hörden, als Wisemann sie wieder verlassen habe, erst von dem Brande gehört und sei dann nach Hörden geeilt, wo sie sich den Brand anschauen wollte. Sie wurde zusammen mit Wisemann in der gleichen Nacht festgenommen, da man allgemein annahm, daß sie den Brand gelegt hätte. Nach den Angaben des Bürgermeisters Schwan erscheint es ausgeschlossen, daß der Brand von einem der Wisemannschen Verwandten gelegt wurde, denn das Anwesen sei nur unzureichend versichert gewesen. Gendarmeriekommissar Goller, der in der Brandnacht am Brandplatze erschien, gibt an, daß 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung waren, daß die Angeklagte die Brandstifterin sei.

Vorsitzender: „Es kommt uns hier nicht darauf an, was die Bevölkerung meint. U. a. wurde auch Wendelin Wisemann junior als Zeuge gehört. U. a. sagt er aus, daß er dem Ehemann Schulz im Dezember 1929 seine Beziehungen zu seiner Frau ausgedehnt

habe. Er dachte daran, sie abzuschrecken. Die Folge war der Selbstmordversuch der Angeklagten. Er habe ihr gegenüber ausgesprochen, daß er kein Interesse an ihr habe. Seitdem aber bei sich aufnehmen könne er sie nicht, da ihm dazu das Geld fehle. Am 8. Mai schrieb sie in einem Brief an ihn, sie könne nicht mehr so weiter machen und müßte sich das Leben nehmen. In der Brandnacht wurde er um 2 Uhr von seinem Vater geweckt. Sie habe ihn bedauert wegen des Brandes. Ueber die Brandursache ist ihm nichts bekannt. Seine Familie habe kein Interesse an einem Brande gehabt.

Nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen, Bezirksarzt Dr. Schöniag kommt die Anwendbarkeit des § 51 für die Angeklagte nicht in Frage.

Staatsanwalt Weiler erachtete die Anklage für schuldig und beantragte eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Roth-Rostatt wies nach, daß die Anklage auf schwachen Füßen stehe und trat für Freisprechung der Angeklagten ein.

Das Gericht erachtete die Schuld der Angeklagten für nicht nachgewiesen und sprach sie mangels ausreichenden Beweises frei; gewisse Verdachtsgründe, so heißt es in der Urteilsbegründung, wurden nach wie vor bestehen, aber das Gericht konnte sich nicht mit voller Sicherheit von der Schuld der Angeklagten überzeugen.

Sittlichkeitsverbrechen

Im Karlsruhe, 5. Aug. Wegen Sittlichkeitsverbrechens nach § 176,3 verurteilte das Schöffengericht den 28jährigen Tagelöhner August Hoff aus Göbbrich bei Forstheim zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte sich im Walde bei Forst in einem 4 1/2jährigen Kinde vergangen. Ebenfalls wegen Verbrechens nach § 176,3 erlitt der Zimmerpolier Johann Mosigemba aus Georgenwerk sechs Monate eine Woche Gefängnis, abzüglich ein Monat Untersuchungshaft, weil er sich an Schulkinder im Alter von sieben bis neun Jahren vergangen hatte.

Der Tod auf der Landstraße

Küchleinloser Motorradfahrer

Im Karlsruhe, 5. Aug. Wegen fahrerischer Tötung und Körperverletzung stand der 24jährige vorbestrafte ledige Hilfsarbeiter Emil G. aus Erlenheim vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte hatte am 15. Juni dieses Jahres mit einem Soziusfahrer einen Ausflug nach Weimersheim mit seinem Leichtmotrafahrer unternommen und war gegen Abend nach Leopoldsdorfen zurückgefahren. Unterwegs trank er zusammen drei Liter Bier. Als er abends gegen 10 Uhr vom Festplatz in Leopoldsdorfen abfuhr, war er angetrunken. Auf der Fahrt vom Festplatz nach Leopoldsdorfen fuhr er mit einer übermäßigen Geschwindigkeit von rund 35 Kilometern in die vor ihm auf der rechten Straßenseite gehenden Arbeiter August Oberader und Wilhelm Scherer aus Leopoldsdorfen, welche letzterer Kriegsbefehlshaber ist, hinein, anstatt sie durch Ausweichen nach links zu überholen. Bei dem Zusammenstoß erlitt Oberader einen Schädelbruch, der in der darauffolgenden Nacht seinen Tod zur Folge hatte; Scherer wurde schwer verletzt.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte arabisch fahrerisch gehandelt hatte: er war angetrunken, die Beleuchtung funktionierte nicht richtig und die Geschwindigkeit war zu hoch. Nach dem Gutachten des Polizeibauwärters Kopp als technischen Sachverständigen herrscht kein Zweifel, daß der Unfall durch das Verhalten und die Fahrweise des Angeklagten verursacht worden ist. Ein grober Leichtsinns ist es überdies von dem Angeklagten, daß er in seiner Selbstlichtverfälschung ist. Zu seinen Ungunsten spricht auch, daß er vorbestraft ist, weil er unter gleichen Umständen dieses Jahr in eine Schatzkammer hineingeführt. Staatsanwalt Czeret beantragte eine lebensmonatige Gefängnisstrafe. Rechtsanwalt Kießling-Bruchsal hielt eine dreimonatige Gefängnisstrafe für ausreichend und behauptete es, daß die Bezirksämter bei der Erteilung von Zulassungsbescheinigungen nicht kritischer drüben.

Das Schöffengericht erkannte im Sinne der Anklage auf fünf Monate Gefängnis. Eineinhalb Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet. Der Haftbefehl blieb bestehen. Der Angeklagte unterwarf sich dem Urteil.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ueber dem Festland steigt seit gestern der Druck. Die große Hoch über England liegende Zirkone verliert daher allmählich ihren Einfluß auf die Witterung unseres Gebietes.

Vorausichtliche Witterung für Freitag, 8. August: Zeitweise heftig, nachts sehr kühl, am Tage mäßig warm bei schwachen westlichen Winden, höchstens vereinzelt noch Regenschauer.

Wasserstand des Rheins

Basel 186, gef. 4; Waldshut 365, gef. 5; Schaffhausen 253, gef. 7; Rehl 370, gef. 5; Maxau 563, gef. 7; Mannheim 463, gef. 8.

Wanzen-Tod

vollständig geruchlos
idiot. mit Garantie
Ingez. - Vers. - Ersatz
F. Höllföhrer
Herrnstr. 5, Tel. 5791



Frische Fische!

Direkt von der See:
Kabliau im Pfd. **37**
im Anschnitt . . Pfd. **40**
Kabliaufilet . . Pfd. **60**
Erhältlich in folgend. Filialen:
Kallertalce, Ecke Vorkstr.,
Rheinstr., - Haardstr.,
Gutenbergsplatz,
Ludwig-Wilhelmstr., Ecke
Rudolfstr. - Werderplatz
in allen Filialen:
die ersten deutschen
Stäubücklinge Pfd. **50**
eine Delikatessen!
Neue Marinaden
Bismarckheringe Stck. **15**
Rollmöpse Stück **18**
1 Liter Dose 1/4
u. ausserem
Spezialgeschäft am Marktplatz
finden Sie eine große Ausw.
frischer Seefische
u. a.
Angel-Schellfische
Heilbutt im Ansch. **1.50**
Pfd. Mk.
Ferner: Aus eigener Farm
Jg. Hahnen Pfd. **1.80**
ca. 1/2 - 1, Pfd. schwer

VEREINS DRUCKSACHEN

Satzungen
Mitgliedskarten
Briefbogen
Kuperte
Eintrittskarten
Programme
Plakate
Lotterie-Lose
usw.
in jeder Ausführung
liefert sauber und billigst in kurzer Zeit

Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H.

Karlsruhe, Waldstr. 28

GORKI

Die Mutter

Ein Roman
RM. **2.85**

Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28
Fernsprecher 7020/21

Pfauküch

5% Rabatt



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

Karlsruhe, 7. August 1930.

7. August: 1848 † Chemiker J. N. Berzelius. — 1869 Gründung der Sos. Arbeiterpartei zu Eisenach. — 1898 † Ägyptologe Georg Ebers. — 1900 † Wilhelm Liebknecht. — 1902 † Staatsmann R. Bennigsen. — 1928 Städtisches U-Boot im Adriatischen Meer versunken (27 Tote).

Lichtbildwettbewerb der Beamten des badischen Sicherheitsdienstes

(Polizei und Gendarmerie)

Immer mehr zeigt sich im praktischen Polizeidienst, und zwar nicht nur der Kriminalpolizei und Gendarmerie, sondern auch der Verkehrspolizei und sonstiger Dienstzweige, daß die Erstattung von Meldungen und Berichten durch Lichtbildaufnahme erleichtert wird. Ist die Schilderung eines Tatbestandes so schwierig, daß sie ohne Verwendung von Lichtbildaufnahmen selbst bei länger und ausführlicher Darstellung kaum anschaulich wirkt, so daß Rückfragen nicht vermieden bleiben, während unter Zuhilfenahme eines oder mehrerer Lichtbilder eine wesentlich kürzere Meldung den Sachverhalt völlig klar stellt. Die gute Lichtbildaufnahme hat ferner den Vorteil, daß im Bilde alle Einzelheiten festgehalten sind, wodurch oft zeitraubende, wohl gar erfolglose Nachhebungen vermieden bleiben. Endlich gewinnen gute Lichtbildaufnahmen polizeilich bedeutungsvolle Ereignisse und Vorgänge besonders auch Tatortaufnahmen, dadurch besondere Bedeutung, daß sie für den Unterricht und die Weiterbildung der Beamten zweckdienliche Verwendung finden können. Wenn somit die vermehrte Verwendung von Lichtbildaufnahmen zum Vorteil des einzelnen Beamten wie im dienstlichen Interesse zu begrüßen ist, so darf doch nicht verkannt werden, daß die bisherige Anwendung dieses Hilfsmittels noch nicht allgemein den zu stellenden Anforderungen genügt. Die Aufnahmen unterscheiden sich nämlich, wie die Erfahrung gezeigt hat, noch allzusehr in der Güte.

Im nun die Beamten des badischen staatlichen Sicherheitsdienstes auch über den Kreis jener Beamten hinaus, die im Besitze von mit Staatsmitteln beschafften Lichtbildapparaten sind, zur Herstellung und vermehrten Verwendung polizeilich und technisch guter Lichtbildaufnahmen anzuregen, hat die badische Polizeischule einen Lichtbildwettbewerb für die badische Polizeischule und Gendarmeriebeamten durchgeführt. Die zum Wettbewerb eingesandte außerordentlich große Zahl sehr guter Lichtbilder hat gezeigt, daß die im Hinblick auf die Bedeutung dieses polizeilichen Hilfsmittels seitens des badischen Ministers des Innern gewährten Geldpreise für die Beamten des staatlichen Sicherheitsdienstes in der Tat ein Ansporn gewesen sind, ihr Bestes zu leisten.

Das Preisrichterkollegium, dem außer dem Vorstand der Polizeischule, Regierungsrat La Fontaine, noch 1. Staatsanwalt Dr. Pfeiffer und Prof. Schmidt von der Technischen Hochschule Karlsruhe angehörten, war im Hinblick auf die Fülle und Güte des eingesandten Materials vor eine recht schwierige Arbeit gestellt worden. Auf seine Veranlassung hat sich die badische Polizeischule entschlossen, die Bildendungen in einer Ausstellung sämtlichen Beamten und in beschränktem Umfange auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. An dieser Ausstellung haben sich auf besondere Anforderung außer Konkurrenz noch das badische Landespolizeiamt, die Polizeipräsidien Berlin, Essen, Dresden, Stuttgart und die Polizeidirektionen Wien, München und Darmstadt beteiligt. So bietet die Lichtbildausstellung einen umfassenden Überblick über die Tätigkeit und Vielgestaltigkeit des staatlichen öffentlichen Sicherheitsdienstes. Sie bleibt bis 17. August dem öffentlichen Besuch zugänglich.

Wasser-Skilauf in Kuppenwört

Die Wasser-Skisportler Professor Ritter-Wien und Julius Hirsch-Wien überqueren den Rheinstrom bei Kuppenwört vom badischen zum pfälzischen Ufer.

Am Mittwoch nachmittags bildete Kuppenwört der Schauplatz einer ebenso sensationellen, wie originellen und neuartigen Sportbetätigung, nämlich eines Spaziergangs auf dem Wasser mit Skiern, bzw. einer regelrechten Rhetimüberquerung, der von zwei sporttraiinierten Herren, dem Professor Ritter am Gymnasium in Wien und seinem Begleiter, Herrn Julius Hirsch ausgeführt wurde.

Pünktlich um 3 Uhr begannen beide Herren zunächst mit einem Spaziergang auf der Wasseroberfläche des Rheinstrandbades. In wenigen Augenblicken hatten sie ansehnlich der gespannt blickenden Zuschauer ihr Wasserfi angeschlossen. Und wie ging das vor sich? Recht einfach. Das Wasserfi sportgerät, eine Verbindung der Gebirgskranke in Wien, besteht aus einem schmelzenden, roten Gummistoff, einem serleisbaren Gerüst aus Eisenholz und einer Verbindung, ähnlich der Wasserbindung für den Winterklauf. Auf der Oberseite ist eine Öffnung, durch welche der Wasserfiufer den Fuß in die Bindung gab. Die Bindung ist im Ski-Innen an der Unterseite festgemacht. Dann zog der Sportler einen schlauchartigen Anzug bis zu den Knien herauf und schmolte diesen unter den Knien mit einem Riemen zu. Dadurch wurde der Wasserfi vollständig geschlossen; man überzeugte sich später, nach beendeter Wasserfiufahrt, daß die Füße trocken blieben und auch Kleider, Proolant u. dgl. in den verstaubten Skiern völlig unversehrt waren. Mit einem Raddel in der Hand lekte Professor Ritter seine Wasserfi auf die Oberfläche, während sein Begleiter freihändig auf die recht bewegte Fläche hinauskam. Zwanzig Minuten dauerte dieser erste Spaziergang, kreuz und quer auf der Wasseroberfläche des Kuppenwört Strandbades. Beide Herren demonstrierten die Technik des Wasserfiufahrers überaus ansehnlich, gingen auch seitwärts gegen die mächtige Strömung an, führten das Aufsteigen nach Stürzen rückwärts und seitwärts vor und zeigten den Drehbewegung durch das Wasser und das Umtreten, also sämtliche Möglichkeiten, die beim Wasserfi sport in Betracht kommen, wobei die einzelnen Phasen der sportlichen Betätigung denjenigen des wintertlichen Skilaufes in vielem ähnelten.

Mit besonderer Spannung beobachtete man den zweiten Teil der Vorführung, die Überquerung des Rheines vom badischen zum pfälzischen Ufer. Diese bedurfte einer stichhaltigen Anstrengung, zumal gerade an diesem windigen Nachmittage die Fluten des Rheines recht bewegt waren. Doch binnen 4—5 Minuten hatten beide Herren ihre Aufgabe durchgeführt. Sie glitten (immer unter Benützung des Paddels) oder vielmehr sie schritten energisch gegen die Strömung, meist im Winkel von 45 Grad, wurden allerdings demnach allmählich langsam in Richtung der Strömung abgetrieben, ohne jedoch auch nur für einen Augenblick die Herrschaft über ihre Wasserfi zu verlieren und traten sogar nach kleiner Pause den Rückweg über den Rhein an, den sie in gleicher Geschwindigkeit absolvierten.

Steht Deutschland vor einer innerpolitischen Wende?

Mit der gestern abend im Festsaal des „Friedrichshof“ stattgefundenen Parteiverammlung hat die Sozialdemokratische Partei Karlsruhe den Wahlkampf eröffnet. Besuch der Verlammlung und deren Verlauf bedeuten einen vorzüglichen Auftakt des nun beginnenden Kampfes. Trotz schweißigen Wetters waren die Parteimitglieder, Männer und Frauen, in überaus stattlicher Zahl erschienen. Die Genossinnen und Genossen, die regelmäßig die Verlammlung besuchen, sind wohl alle schon über die politischen Vorarbeiten unterrichtet, sie sind ja wohl auch die aufmerksamsten Leser ihres Parteiblattes. Dennoch aber bedeutet für jede Genossin und jeden Genossen die mündliche Darlegung aus berufener Munde eine wertvolle Ergänzung und Bereicherung des Wissens und des schon Bekannten. Und das der bisherige und sicher auch künftige Vertreter unseres Wahlkreises, unser Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin, der berufene Leiter unserer politischen Arbeit ist, bedarf keiner weiteren Betonung. Vieles, was der dritten Delegation nicht bekannt ist, manche Internas aus den Vorgängen in Regierung und Reichstag, die nur bei an der Quelle der Ereignisse sich befindende Volksvertreter erfahren, konnte Genosse Schöpflin den Parteimitgliedern mitteilen. Rüstzeug, neues Material, neue Kampfmittel wurden den Genossinnen und Genossen übermittelte. Die Sozialdemokratie Karlsruhe ist gerüstet, wie die Gesamtpartei des Reiches. Mit erprobtem Kampfesmut, mit bewohnter Siegesgewisheit nimmt sie den Kampf gegen die vereinigten Gegner auf. Und daß sie den Sieg wiederum an ihre Fahne heften wird, diese Gewisheit gab der glänzende Verlauf der gestrigen Parteiverlammlung.

Nach kurzen Begrüßungsworten des Parteivorstehenden Genossen W. Koch begann

Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpflin

lofort seinen Vortrag über „Steht Deutschland vor einer innerpolitischen Wende?“ Der Redner betonte, daß die Sozialdemokratie diesen Wahlkampf nicht gelücht habe. Wenn das Zentrum das Gegenteil behauptet, so ist das Demagogie. Keine Partei wolle im Juni—Juli einen Wahlkampf, selbst die Nationalsozialisten nicht, nachdem sie in Sachen erlebt haben, daß ihnen die Niederringung der Sozialdemokratie nicht gelang. Sie hatten ihre tatsächliche Neuorientierung fürs nach den Sachverhalten noch nicht gefunden und deshalb hatten sie noch kein Interesse an Neuwahlen. Auch die Sozialdemokratie hatte dieses Interesse nicht. Sie suchte den Kampf nicht. Als sie aber sah, daß die Andern keine Konsequenzen machen wollten, nahm sie den Kampf entschlossen auf. Herrn Bünting wurde von vornherein kein Zweifel gelassen, daß er auf Hilfe der Sozialdemokratie nicht rechnen dürfe.

Der Sinn der Krise der letzten Monate liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen.

Aus der deutschen Krise wurde die Weltkrise. England und Amerika befinden sich ebenfalls in schwerster Krise. In Deutschland hätte die Krise aber nie diesen Umfang annehmen können, wenn nicht die deutsche Wirtschaft durch ihre Konsum- und Kartellpolitik die Krise verlärt und vergrößert hätte. Mindestens acht Milliarden Kapital befindet sich im Ausland. Viele Summen würden beitragen können, die Krise hart zu mildern. Aber die Krise soll der Wirtschaft das Fundament sein, von dem aus sie ihre der Hebel sein, um die deutsche Sozialgesetzgebung zu sabotieren. Auch den deutschen Gewerkschaften soll das Rückgrat gebrochen werden. — Von dieser Basis aus wurde gegen das Kabinett Müller operiert. Die Deutsche Volkspartei, die die Vertreterin der deutschen Großwirtschaft ist, hatte den Plan zum Sturz des Kabinetts Müller sorgfältig vorbereitet. Die Sozialdemokratie war bereit, bei den Steuern so weit wie möglich zu gehen. Aber sie wollte auf sozialem Gebiete retten und erhalten, was irgend möglich ist. Sie war bereit, wenn nachweisbare Mängelstände bei der Arbeitslosenversicherung vorhanden wären, desgleichen bei der Krankenversicherung, Reformen näher zu treten.

Es ist nicht wahr, daß es der Großindustrie, der Schlüsselindustrie zum Baugewerbe, der Montanindustrie so schlecht geht, wie diese Industrien behaupten.

Ange stellte, Arbeiter werden hinausgeworfen, die Betriebe werden zusammengelegt, aber die Zahl der Direktoren und deren Besätze werden erhöht! Damit kann die deutsche Wirtschaft doch nicht angepöbel werden, daß man den inneren Markt noch schmä-

her und ärmer macht, wie er schon ist. Die Wirtschaft soll angepöbel werden, indem man die Löhne abbaut, die Arbeitslosen vermehrt, den inneren Absatz schwächt! Durch solche Absichten werden aber doch auch die Finanzen des Reiches geschwächt, während die Aufgaben dieselben bleiben. Der Händler und Konsument ist der Preisbilligkeit der Kartelle unterworfen.

Die Sozialdemokratie verlangt von Anfang an

Arbeitsbeschaffung und Preisentung

Einschreiten gegen die Kartelle. Die Regierung hat eine Verlamnung gegen die Kartelle erlassen; so wie sie es aber will, geht es nicht! Es mutet uns eigenartig an, wenn angeführt werden Dinge der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich in der Karlsruheer Festhalle von Interessentenbauern auf sprechen können. Er behauptet wohl bei Interessentenbauern nur an die Arbeiter und Angehörigen. Von der Seite der Regierung ist eine Umformung der Parteien lauten müssen, um eine Mehrheit zu bekommen. Also, die Interessentenbauern sind nie und nimmer bei der deutschen Wirtschaft. Wenn selbst der Sauband in seinem Sparprogramm bei den sozialen Verhältnisse und Ausgaben Millionenbeträge verlangt, wie werden erst die Forderungen der Siemens und Daimler sein. Was verlangt wird, zeigt der Antrag der Wirtschaftspartei auf Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Grund und Tendenz des Kampfes ist:

Die industriellen Machthaber steuern planmäßig, geküht auf ihre Millionen, auf die ökonomische Diktatur zu.

Sie wollen ein Wahlresultat, das keinen arbeitsfähigen Reichstag bringt. Sie wollen der politischen Reaktion in den Kartellen helfen.

Wir setzen vor der Gefahr eines Arbeitslosenheeres von 4 Millionen im Winter. Als Folge ein rauber Rückgang des Reichsfinanzen, gesteigerte Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden. Diese Ausfälle stellt uns vor unannehmer Aufgaben.

Im letzten Reichstag war eine Mehrheitbildung nicht möglich ohne die Sozialdemokratie. Brüning betreibt die Wahl in der Hoffnung, sich eine Mehrheit aus der bürgerlichen Mitte zu schaffen. Es ist zu bezweifeln, daß ihm das gelingen wird. In interessanter Weise behandelte der Redner im Anschluß an diese Frage die eventuellen Konstellationen und Arbeitsmöglichkeiten im künftigen Reichstag. Geringste Sorge für uns muß die Wahlrechtsfrage sein. Wenn auch eine reaktionäre Reform des Wahlrechts, vor allem im Hinblick auf die Interessen der Arbeiter, im Reichstag im Gange ist, so ist es doch ein Gebot, mit zu den Zielen der Industrie und der Wirtschaft abzuweichen. Wir wissen, daß ohne das Zentrum im Reichstag in Preußen, wie auch in Baden, eine Koalitionspolitik nicht zu treffen ist. Wenn wir aber leben, wie sich Herr Brüning zum Verlaufe der Großindustrie gemacht hat, so wird sich das Zentrum irren, wenn es glaubt, daß wir um einer Koalition willen den Kampf abzuweichen.

Entscheidend wird sein: Wie schneidet die Sozialdemokratie den Boden ab? Bis zu den Sachverhalten hatte das Bürgerrecht die Hoffnung, die Sozialdemokratie zu schwächen. Unsere Genossen wollten sich aber tavere ergreifen. Was das Bürgerrecht im Wahlkampf nicht, ist nicht eingetroffen. Der bürgerliche Wirtmar ist weitaus nichts wie die Angst vor dem Gemein, das die Nationalsozialisten unter den Bürgerlichen anrichten werden. Wenn die Sozialdemokratie selbst nur ihren Bestehen wahr, dann hat Herr Brüning und Herr Hindenburg eine Wahlchance verloren. Entscheidend aber: wird die Sozialdemokratie sich behaupten, trotz Herr Brüning, trotz aller Anarisse, wird sie einen Erfolg erzielen! Diesem hängt für die deutsche Wählerkraft alles ab. Die Sozialdemokratie gewinnt in der kommenden innerpolitischen Wende gemessen an der Kraft, wenn sie sich am 14. September behauptet, denn dann ist erntet, daß ohne sie und gegen sie nicht regiert werden kann.

Das ist erst recht der Fall, wenn, wie zu erwarten steht, am 14. September der Sozialdemokratie ein Wahlerfolg bringt.

Es herrscht in den Reihen der sozialdemokratischen Wählerkraft Kampfesmut! Auch die Gewerkschaften marschieren mit. Gewerkschaften und Partei zusammen geben, ist die Sozialdemokratie unbesiegt. Deshalb ist es unser aller Aufgabe, zu kämpfen zu arbeiten, mit dem alten Optimismus und dem alten Idealismus. — Mit stürmischen Beifall wurde die Verlammlung dem Redner über eine Diskussion über die trefflichen Ausführungen des Genossen Schöpflin nicht stattfinden zu lassen. — Genosse Koch schloß seinen Vortrag mit anfeuernden und begeisterten Worten die in ansehnlicher Stimmung verlaufene Verlammlung.

Aus der Gartenstadt

Raum sind die im Frühjahr begonnenen Bauten im Robben fertig und schon wieder werden Gerüststangen für weitere Häuser aufgestellt. Am Zentrale der Arbeitsbeschaffung für Arbeiter und Unternehmer ist es sehr zu begrüßen, daß die Baulitätigkeit fortgesetzt wird. Was die Gartenstadt, namentlich im vergangenen Jahr in dem neu erschlossenen Teil geschaffen hat, zeigt naturgemäß dazu, sich hier niederzulassen, wo jeder Blick aus den Fenstern über prachtvolle Gartenflächen eine Erquickung bedeutet.

Was man im vergangenen Jahr, wo noch alles im Entstehen begriffen war, nicht recht erkennen konnte, sieht man jetzt deutlich vor sich. Man muß gestehen, die hier ansonst die Aufteilung des Geländes, wobei man jedes starre Schema vermieden hat, und nur nach praktischen Gesichtspunkten verfuhr, ist nicht nur originell, sie ist in jeder Hinsicht gelungen. Dabei sorgt die Gartenstadt peinlich dafür, daß die isolierten Familienflächen und Blumenbeete stets in guter Verfassung sind, sodas ein Gang durch die Siedlung den Naturfreund erndt und den Wohnungsuchenden beinahe neidlich werden läßt.

Ferienkarten für den Stadtpark

Mit Wirkung vom 1. August bis 15. September ds. Js. gibt das städtische Gartenamt wieder Ferienkarten für schulaftige und noch nicht schulaftige Kinder aus. Die Karten sind an den beiden Stadtparkverwaltungen erhältlich. Kinder unter 10 Jahren haben jedoch nur in Begleitung Erwachsener Zutritt in den Garten. Die Karten sind nicht übertragbar. Siehe auch die Anzeige in diesem Blatte.

Beifeibesezungung. Der Oberbürgermeister hat den Kindern des bei dem Explosionsunglück in der Eisenweinstraße in so tragischer Weise ums Leben gekommenen Ehepaars Franz und Anna Kellbauer die Entnahme der Stadt ausgeprochen und einen Kranz an den Bahnen der Verunglückten niederlegen lassen.

Sommeroperette. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, wird der beste Wiener Tenor Franz Jwonnit von der Wiener Hofoper sein Gastspiel als Paris in der „Schönen Helena“ eröffnen. Die Nachfrage nach Karten ist derart reg, daß Vorsaukarten am 10—11 Uhr an der Konzertkasse annehmen werden können. Die übrigen Rollen sind in der Originalbesetzung.

Promenadenkonzert. Bei günstiger Witterung veranstaltet die Hofkapelle unter Leitung des Herrn Obermusikdirektors Hellwig am Freitag von 12—1 Uhr auf dem Sonntagsplatz ein Promenadenkonzert.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Abendessen der Sozialdem. Partei Karlsruhe. Vorsitzender: Dr. Wilhelm Koch, Solfienstraße 30, Tel. 7985/86. Kassier: Hermann Lang, Kaiserstraße 46, Tel. 4835.

Bezirk Mühlburg
Am Dienstag, den 12. August am Gasthaus zu Lamm, Sordel, Vertrauensmännerversammlung. In Anbetracht der Wichtigkeit — Vertrauensmännerversammlung — ist vollständiges Erscheinen sämtlicher Vertrauensmänner dringend notwendig.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Kameraden! Am Donnerstag, 7. August, halb 9 Uhr abends, wird die Kameradenversammlung im „Friedrichshof“ (Gartenhof) stattfinden. Tagesordnung: Kreisversammlungen, Verfassungsfest und Verlebendensfeier. Wir erwarten die Kameraden — besonders der Aktiven — wird ermartet. Führer sind um 8 Uhr zur Stelle.

